



FRANZ-ALBERT HEINEN

EIN MAHNMAL FÜR DIE GANZE STADT

EIN MAHNMAL FÜR DIE GANZE STADT

GEFÖRDERT VON

 Bürgerstiftung der
Kreissparkasse Euskirchen



 **VR-Bank Nordeifel eG**
www.vr-banknordeifel.de - info@vr-banknordeifel.de - 02445 / 9502 0



IMPRESSUM

Franz-Albert Heinen (Hrsg.: Bürgerstiftung Schleiden): Ein Mahnmal für die ganze Stadt
Schleiden 2025

INHALT

Ein Mahnmal für die ganze Stadt	2
Künstlerwettbewerb	3
Zum Text an der Gedenkstätte	7
Gedenken an sechs Opfergruppen	9
Holocaust: Verfolgung der jüdischen Einwohner	9
Zur Zwangsarbeit in die Nordeifel verschleppt	12
Sowjetische Kriegsgefangene im Sklaveneinsatz	14
Aus rassistischen Motiven verstümmelt und ermordet	16
Verfolgung politischer Gegner	19
Terror im Namen des Regimes	21
Entwicklung der Erinnerungskultur seit 1945	24
Judenfriedhöfe: Pflege und Diskussion	24
Gemünd	25
Erinnerungstafel am ehemaligen Synagogenstandort	28
Schleiden	32
Namensstein am Judenfriedhof	34
Der schwierige Weg zur Versöhnung	35
Stolpersteine	38
Gemünd	42
Schleiden	45
Morsbach	46
Wolfgarten	46

EIN MAHNMAL FÜR DIE GANZE STADT

Die Weiterentwicklung der in ihren Grundzügen in den 1970er Jahren entwickelten bisherigen Erinnerungskultur im Stadtgebiet war seit 2023 Ziel eines Projektes der Bürgerstiftung Schleiden. Der Erkenntnisstand im Hinblick auf die Opfer hatte sich seit den frühen Forschungen weiterentwickelt, auch die Perspektiven der Erinnerung hatten sich in einem langen Prozess teilweise verändert.

Am 7. März 2025 erhielt die Kommune mit ihren 18 Ortsteilen ein neues Mahnmal als zentralen Ort des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Neben den Opfern des Holocaust werden nun die weiteren Opfergruppen einbezogen, die sich im Stadtgebiet nachweisen lassen. Die vorliegende Broschüre¹ soll das Projekt, seine Ziele und Begründungen sowie die zusammengefasste Geschichte des regionalen Gedenkens für die Bürger der Stadt und andere Interessierte dokumentieren.² Am Mahnmal ist ein QR-Code angebracht, über den der Text als PDF auf der Internetseite der Bürgerstiftung Schleiden abgerufen werden kann. Der

Text der Inschrift ist in Einfacher Sprache und in der gebotenen Kürze gehalten, um die Lesbarkeit zu erleichtern. Diesem Zweck dient auch der bewusste Verzicht auf eine durchgängige geschlechtsspezifische Schreibweise.³

Als Standort für das Mahnmal hat die Bürgerstiftung in Absprache mit der Stadt den kleinen Platz vor dem „Alten Rathaus“ in Schleiden festgelegt. Als Rahmenbedingungen gaben Stiftungsvorstand und Kuratorium vor, dass das Denkmal einerseits groß genug sein sollte, um deutlich wahrgenommen zu werden, andererseits sollte es sich in das vorhandene Gebäudeensemble und den Platz mit seiner Bepflanzung einfügen. Die Enthüllung war für den 7. März 2025 vorgesehen, auf den Tag genau 80 Jahre nach der vollständigen Befreiung des Stadtgebietes vom Nationalsozialismus.⁴

Initiiert wurde das neue Denkmal von einem bürgerschaftlichen Arbeitskreis, der sich mit dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in der Stadt be-

schäftigt. Dieser Arbeitskreis übernahm in enger Zusammenarbeit mit der Bürgerstiftung die notwendigen umfangreichen Recherchen und unterbreitete Formulierungsvorschläge für die Texttafel am Mahnmal.⁵

Aus Sicht von Vorstand und Kuratorium entspricht das Projekt den Stiftungszwecken ‚Heimatgeschichte‘ und ‚Bildung‘ in jeder Hinsicht. Dazu passt der Standort „Am alten Rathaus“ in der Nähe der Schulen und der Stadtbibliothek. Das Projekt dient dem Gemeinwohl, trägt im öffentlichen Raum zur politischen Bildung und Demokratiestärkung bei und hebt die Erinnerungspolitik im Stadtgebiet auf das heute allgemein übliche Niveau. Das Stiftungskuratorium hat auf Vorschlag des Vorstandes in seiner Sitzung am 19.12.2023 beschlossen, dass die Stiftung selbst Trägerin des Projektes werden soll.



Der Arbeitskreis Gedenken initiierte das Mahnmal bei der Bürgerstiftung Schleiden. (Foto: F.A. Heinen)

Das Denkmal soll mit dem Urhebervermerk ‚Rat der Stadt Schleiden 2025‘ versehen werden, um deutlich zu machen, dass die politische Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger hinter dem Projekt steht. Gleichzeitig stellte das Kuratorium 10.000 Euro zur Finanzierung zur Verfügung. Dieser Betrag wurde durch Spenden der VR-Bank und der Kreissparkasse erheblich aufgestockt.

KÜNSTLERWETTBEWERB

Für die Realisierung wurde am 26.02.2024 ein Künstlerwettbewerb unter einer begrenzten Zahl von Teilnehmern ausgeschrieben. Vier Künstlerinnen und Künstler reichten ihre Vorschläge bei der Jury ein. Am 18.06.2024 entschied die Jury im Beisein von Vertretern der Ratsfraktionen und des Ku-

ratoriums der Bürgerstiftung über die Platzierung der Entwürfe. Für die ersten drei Plätze war ein Preisgeld von 1.000 Euro vorgesehen. Dabei entschied die Jury nicht einfach über einen vermeintlich „besten“ Vorschlag, sondern sie plädierte am Ende für den Entwurf, der ihrer Auffassung am nächsten kam.

- ¹ Der Autor ist insbesondere Toni Offermann (Wallenthal) für die sorgfältige Korrektur des Manuskripts und Heike Schumacher (Schleiden) für die fachliche Unterstützung im Kapitel zu den Stolpersteinen zu Dank verpflichtet.
- ² Der Druck des Begleithefts und die Realisierung des Vorhabens wurde auch dadurch ermöglicht, dass sowohl die VR-Bank Nordeifel als auch die Kreissparkasse Euskirchen das Projekt finanziell großzügig unterstützten. Den Geldinstituten gebührt dafür ein herzlicher Dank.
- ³ In allen in Betracht kommenden Fällen in dieser Darstellung sind auch dann Menschen aller Geschlechter aus den Opfergruppen gemeint, wenn nur die männliche Form genannt wird.
- ⁴ Beschlossen wurde die Errichtung des Denkmals als eigenes Projekt der Bürgerstiftung bei der 21. Sitzung des Kuratoriums am 19.12.2023 im Rathaus am Ruppenberg. Dort ging es unter Tagesordnungspunkt 4 um ein ‚Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus im Stadtgebiet Schleiden‘. Der Beschluss zur Denkmalerrichtung auf Vorschlag des Vorstands erfolgte einstimmig.

- ⁵ Dem Arbeitskreis gehören an: Martina Hilger-Mommer, Heike Schumacher, Wolfgang Pommer, Klaus Ranglack, Georg Toporowsky und Franz-Albert Heinen.

Den ersten Preis vergab die Jury an den Künstler Peter Henn.⁶ Als er die Ausschreibung für das Mahnmal in Schleiden in die Hand bekam, hatte er sofort die Grundidee, die sechs Opfergruppen darzustellen. In der Folge fertigte der Künstler immer wieder Modelle an, um Details der Gestaltung zu entwickeln und die Realisierbarkeit seiner Ideen besser einschätzen zu können. In seinen Arbeiten bevorzugt er die Vertikale, d.h. hohe, aufrechte Skulpturen.



Der Künstler Peter Henn aus Monschau. (Foto: F.A. Heinen)

Nach einigen Verfeinerungen führte der Entwicklungsprozess schließlich zu dem mit dem ersten Preis ausgezeichneten Vorschlag.

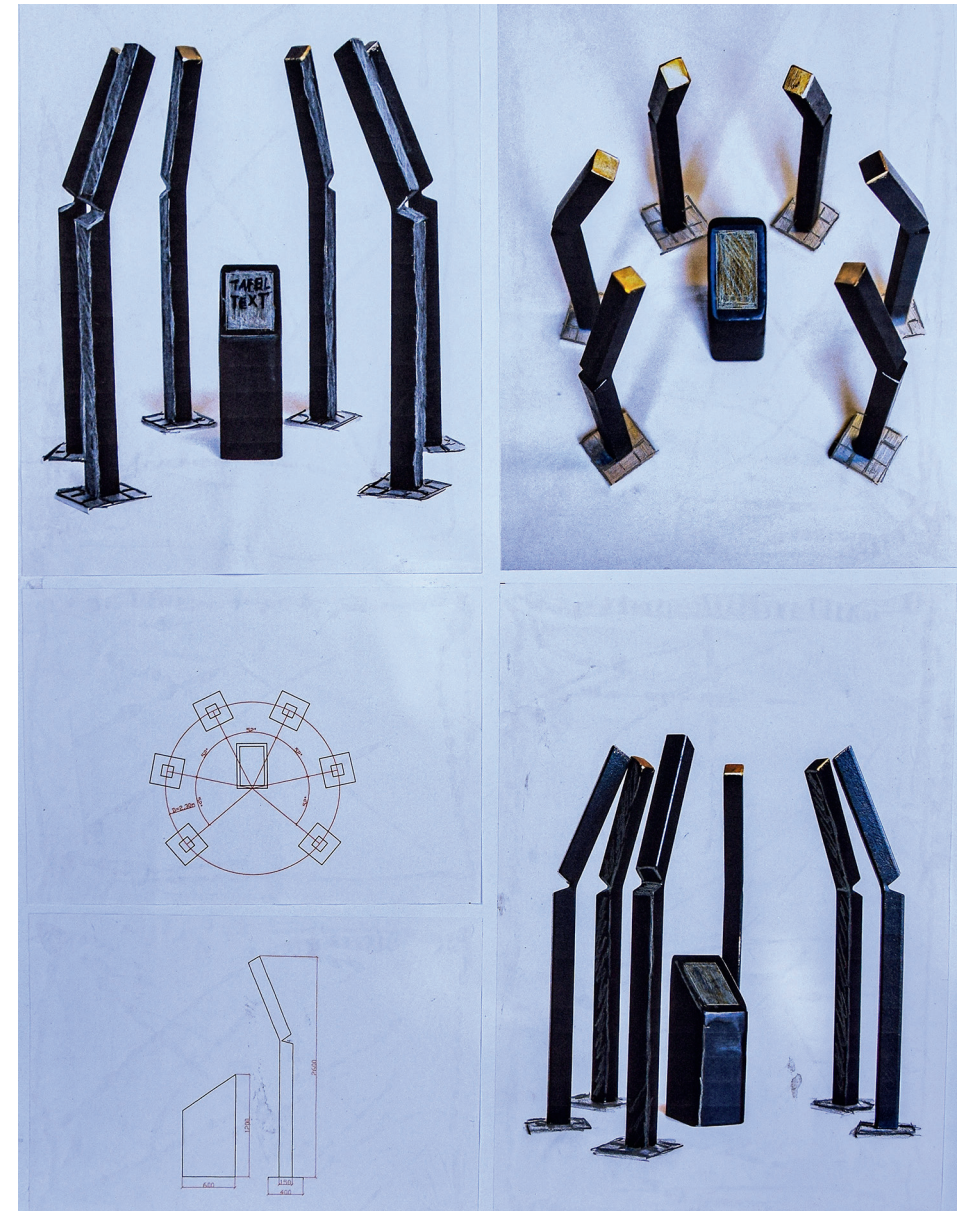
Sichtbar wird die Hervorhebung der Opfergruppen am Mahnmal durch sechs quadratische Metallstelen mit einer Höhe von jeweils 2,60 Metern. Die einzelnen Stelen sind aus Vierkantstahl (150 mm) gefertigt, spritzverzinkt und pulverbeschichtet, die oberen, abgeflachten Endflächen der Stelen sind vergoldet. Dieser

optische Blickfang am höchsten Punkt der Gedenkstätte soll als Symbol des Respekts und der Würdigung der Opfergruppen verstanden werden. Er kann auch einen Bezug zu den in der Region verlegten Stolpersteinen herstellen, die ebenfalls an das Schicksal der in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Menschen erinnern. Jede der sechs kreisförmig angeordneten Stelen ist im oberen Drittel leicht nach vorne geneigt, so dass ihre

Enden wie ein schützender Schirm in der Mitte des Objektes zusammenlaufen. Der keilförmige Knickpunkt jeder Stele soll an eine offene Wunde erinnern und symbolisch für das den Menschen zugefügte Leid stehen.

Die siebeneckig angeordnete Stelengruppe lässt vorne eine Lücke und öffnet so den Blick auf die zentrale, von Stelen umgebene niedrigere Säule. Sie bildet den Mittelpunkt des Denkmals. Auf diesem abgeschrägten, 1,20 Meter hohen Mittel-

⁶ Peter Henn, geboren 1962 in Monschau, ist Metallbaumeister und Schmied. Seine Lehre absolvierte er in einer kleinen Schmiede in Rollesbroich und machte sich nach verschiedenen Anstellungen selbstständig. Seit 1995 arbeitet Henn in der über 100 Jahre alten Schmiede in Monschau-Konzen. Sie hat eine besonders große Esse, denn früher wurden hier auch Karrenräder aufgezogen. Neben den klassischen geschmiedeten Gebrauchsarbeiten für den Bau stehen seit vielen Jahren eine moderne Metallgestaltung und die Gestaltung von Kunstwerken im Vordergrund seiner Arbeit. Henns künstlerisches Talent wurde bereits in der Schule von seinem damaligen Kunstlehrer Paul Siebertz aufgegriffen und über viele Jahre mit Mal- und Zeichenunterricht weiter gefördert. Die künstlerische Ausbildung setzte sich in der Fachoberschule und Fachhochschule für Gestaltung in Aachen fort. Viele seiner kunsthandwerklichen und später auch rein künstlerischen Arbeiten erfolgten im und für den sakralen Bereich. Mit Prof. Dr.-Ing. D. Alexander Boeminghaus von der FH Aachen (Designtheorie, Informationstheorie und -ästhetik) nahm Henn an bedeutenden Skulpturenausstellungen teil.



Entwurfszeichnungen des Künstlers zu seinem Mahnmal-Vorschlag für die Stadt Schleiden. (Foto: F.A. Heinen)



Der Künstler Henn in der Schmiede in Monschau-Konzern bei Schweißarbeiten an den Stelen des Schleidener Mahnmals. (Foto: F.A. Heinen)

podest ist der Text zu lesen, der dem Betrachter künftig die Intention des Mahnmals erläutert. Zugleich lädt die Lücke den Besucher ein, das Mahnmal zu betreten und als siebte Stele selbst Teil der Darstellung zu werden.

Auf diese Weise soll ein Ort der Besinnung und des Nachdenkens entstehen. Die Stelenfundamente schließen ebenerdig mit einem Viereck aus Natursteinpflaster ab. Im nächsten Schritt realisierte der Künstler gemäß der Ausschreibung das Mahnmal zum vorgegebenen Preis von 10.000 Euro. Henn begann sofort mit den Schmiedearbeiten, so dass die Stelenrohlinge bereits Ende September 2024 fertiggestellt und anschließend verzinkt werden konnten.

Den 2. Preis vergab die Jury an den Entwurf des Steinmetzmeisters Karl Goffart aus Monschau. Er schlug als Mahnmal eine oben mit Stacheldraht verschlossene Schleuse vor, deren Seitenwände mit Ein-



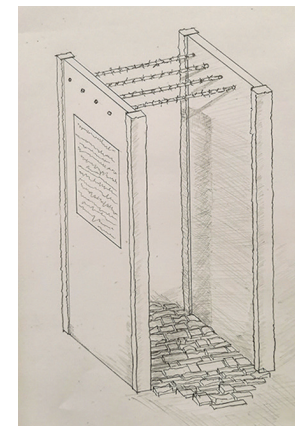
Der Schmied bei der Anpassung des Text-Pults mit Hilfe einer Schablone. (Foto: F.A. Heinen)

fassbalken verstärkt und deren Seitenflächen und Bodenpflaster aus alten Schleidener Grabsteinen bestehen sollten. Das Kunstwerk sollte an das Schicksal der deportierten Juden und der am nahe gelegenen Bahnhof ausgeladenen Zwangsarbeiter erinnern.

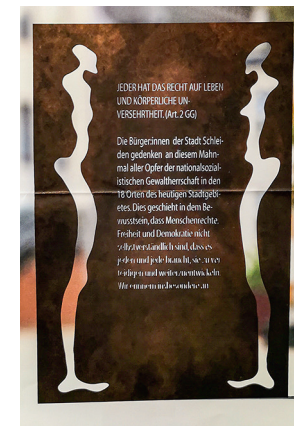
Den dritten Platz vergab die Jury an den Magdeburger Künstler Joachim Röderer. Sein Vorschlag sah ein stilisiertes, universelles Menschenpaar vor, das als Negativ in eine Stahlplatte eingelassen werden und den Text umrahmen sollte. Mann und Frau, ohne Zuordnung, ohne Nation, in ihrer unantastbaren Schönheit und Würde.

Schrift und Code sollten von beiden Seiten lesbar in den Cortenstahl geschnitten werden.

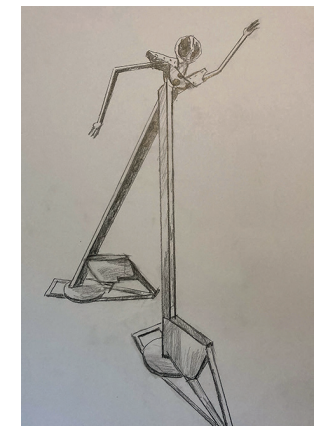
Den vierten Platz vergab die Jury an die Kölner Künstlerin Christine Santema. Ihr Entwurf sah eine imposante, drei Meter hohe Stahlskulptur aus sorgfältig ausgewählten Fundstücken vor. Die zu einem Ganzen zusammengefügte Einzelteile sollten die zersplitterten Überreste einer Welt darstellen, die durch die Gräueltaten des Nationalsozialismus ausgelöscht wurde. Die Namenlosigkeit der Opfer sollte sich, so Santema, in der Gesichtslosigkeit der Figur widerspiegeln.



Entwurf Karl Goffart.



Entwurf Joachim Röderer.



Entwurf Christine Santema.

ZUM TEXT AN DER GEDENKSTÄTTE

Der Text des Denkmals wurde über mehrere Monate hinweg von der Arbeitsgruppe Gedenken in einer Reihe von Sitzungen erarbeitet. Er ist ausschließlich opferorientiert. Mit der ausdrücklichen Nennung des Artikels 2 des Grundgesetzes (Recht auf Leben und

körperliche Unversehrtheit) stellt der Text bewusst eine zentrale Grundlage unserer heutigen demokratischen Grundordnung in den Vordergrund: Wäre dieses Grundrecht bis 1945 beachtet worden, hätte es die genannten Opfergruppen nicht geben können. Zugleich richtet sich der Text an

die heute lebenden Menschen: Der Blick zurück soll Mahnung sein, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten. Nach der Benennung der sechs Opfergruppen ruft auch der kurze Schlussappell zur Wachsamkeit auf. Nachfolgend der Text am Denkmal.

JEDER HAT DAS RECHT AUF LEBEN UND KÖRPERLICHE UNVERSEHRTHEIT (Art. 2 GG)

Mit diesem Mahnmal erinnern die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schleiden an alle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den 18 Orten des heutigen Stadtgebietes. Dies geschieht in dem Bewusstsein, dass Menschenrechte, Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, dass es jeden Menschen braucht, sie zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Wir erinnern insbesondere an:

jüdische Einwohnerinnen und Einwohner, die von einheimischen und auswärtigen Antisemiten gedemütigt und misshandelt wurden; diejenigen, die nicht fliehen oder untertauchen konnten, wurden im Schatten des Zweiten Weltkrieges zumeist deportiert und im Holocaust ermordet;

die nach 1939 aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten zur Zwangsarbeit ins Stadtgebiet verschleppten Jugendlichen, Frauen und Männer, von denen viele beim Arbeitseinsatz umkamen;

die sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Stadtgebiet von 1941 bis 1945 in Hungerlagern unter erbärmlichen Bedingungen zur Sklavenarbeit gezwungen wurden;

die Opfer der nationalsozialistischen ‚Rassenhygiene‘. Viele Menschen wurden als Folge verbrecherischer nationalsozialistischer Gesetze gegen ihren Willen sterilisiert, Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten in spezielle Tötungsanstalten deportiert und dort umgebracht oder später direkt in den Psychiatrien ermordet;

die demokratischen Politiker und Journalisten aus dem Stadtgebiet, die ab 1933 als Gegner des Nationalsozialismus aus ihren Ämtern und Positionen entfernt und teilweise in Haftstätten zum Schweigen gebracht wurden

und die Opfer des Terrors der Geheimen Staatspolizei, der NS-Organisationen und von Akteuren des Regimes, die im Stadtgebiet misshandelt, getötet oder in Konzentrationslagern weggesperrt wurden.

Steht ein gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass.

Verteidigt Frieden, Menschenrechte und Demokratie!

Rat der Stadt Schleiden 2025

GEDENKEN AN SECHS OPFERGRUPPEN

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschreibt unser Land als ein den Menschenrechten verpflichtetes, demokratisches und freiheitliches Land. Dieses Mahnmal soll mit Blick auf die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 - 1945 daran erinnern, dass diese Werte nicht selbstverständlich sind, sondern immer wieder angegriffen werden. Jeder ist heute aufgerufen, sie mit Leben zu erfüllen und zu verteidigen. Das von der

Bürgerstiftung Schleiden im Jahr 2025 neu errichtete Mahnmal ‚Am Alten Rathaus‘ erinnert an die Folgen des Verlustes demokratischer Grundrechte im heutigen Stadtgebiet von Schleiden während der nationalsozialistischen Herrschaft. Es gedenkt der Opfer, vor denen wir uns verneigen, mahnt uns aber auch zu fragen, was wir heute und in Zukunft dazu beitragen können, dass Menschenrechte und Demokratie in der Stadt Schleiden gelebt werden.

HOLOCAUST: VERFOLGUNG DER JÜDISCHEN EINWOHNER

Spätestens seit Beginn des 17. Jahrhunderts sind Juden in der Herrschaft Schleiden nachweisbar; ab dem 18. Jahrhundert lebten Juden dauerhaft im Schleidener Tal. Ein Bericht von 1843 nennt 58 Juden in Gemünd und 7 in Schleiden. Zu dieser Zeit gab es in Gemünd bereits eine jüdische Elementarschule und ein Bethaus, das von Juden aus Gemünd, Malsbenden und Schleiden besucht wurde. Gemünd entwickelte sich zu einem regionalen Zentrum jüdischen religiösen und kulturellen Lebens.⁷ Die Juden im heutigen Stadtgebiet lebten aus-



Die Synagoge in Gemünd am Morgen nach der Zerstörung 1938. (Foto: Nachlass Edmund Herbrand)

⁷ Zur Verfolgung von Juden in der Region vgl. u.a.: Hanf, Walter (Hrsg.: Arbeitskreis Judi.T.H und Heimatverein Rescheid): Juden im oberen Olefthal, Hellenthal 2014; Otto Kersting (Hrsg.): Zukunft braucht Erinnerung. Zeitdokumente aus Schleiden, Schleiden 1995; Anna Carina Mauel: Die Judenverfolgung in der Nordeifel im ‚Dritten Reich‘, in: Geschichte in Köln, Köln, Weimar, Wien 2015 (62 / 2015), S. 181 – 235. Aufsatz nach einer Bachelorarbeit der Autorin 2012; Arntz, H.-Dieter: Judenverfolgung und Fluchthilfe im deutsch-belgischen Grenzgebiet, Euskirchen 1990, sowie ders.: Judaica. Juden in der Voreifel, hier nach: 3. Auflage, Euskirchen 1987.

schließlich in den Ortschaften an der Urft und an der Olef. Viele von ihnen waren als Händler tätig. Sie zogen meist durch die Dörfer und boten ihre Waren feil. Stark vertreten war der Beruf des Viehhändlers. Aufgrund der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse waren Juden oft gezwungen, mehrere Berufe auszuüben, z.B. gleichzeitig Viehhändler und Metzger zu sein.

Sie waren über Jahrhunderte ein fester Bestandteil der Eifeler Gesellschaft. In Berichten aus der Mitte des 19. Jahrhunderts werden jüdische Familien neben christlichen als ‚tüchtig‘ oder ‚wohlhabend‘, als ‚erste und vornehmste‘, andere als ‚der ärmeren Klasse‘ angehörig bezeichnet. Sie galten als voll integriert, waren Mitglieder in Vereinen, zogen mit ihren männlichen Altersgenossen für den Kaiser in den Krieg und in Friedenszeiten im Karneval durch den Ort, ihre Kinder besuchten die öffentlichen Schulen. Sie waren Nachbarn wie alle anderen auch.

Der kleinen jüdischen Gemeinde (Kehillah) von Gemünd gelang es 1874, eine Synagoge mit 120 Sitzplätzen zu errichten: Angesichts der geringen Zahl der Gemeindemitglieder und ihrer finanziellen Möglichkeiten war dies eine beachtliche Leistung. Zur Einweihung, an der selbstverständlich auch Bürgermeister und Stadtverordnete teilnahmen und gratulierten, waren die Straßen beflaggt. Der ganze Ort nahm lebhaften Anteil. Diese erste Synagoge im Kreis Schleiden war als kulturelles, religiöses und geistiges Zentrum allgemein akzeptiert, Religionsfreiheit und Gemeinschaft mit den christlichen Konfessionen wurden beschworen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erreich-



te die Zahl der im heutigen Stadtgebiet lebenden Juden mit über 100 Personen ihren Höchststand, um dann bis Anfang der 1930er Jahre auf etwa 50 Personen zurückzugehen. Ursache war die Wirtschaftskrise der 1920er Jahre, die in der Region besonders ausgeprägt war.

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, der umgehenden Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und der Errichtung einer Diktatur ab 1933 begann die Zerstörung des vielfältigen jüdischen Lebens im Schleidener Land. Auch hier schränkte die rassistische Ideologie des Nationalsozialismus das Leben der Juden immer mehr ein. Sie waren zunehmenden Repressalien und Einschränkungen ausgesetzt und sahen sich durch meist frei erfundene Verleumdungen

öffentlich diffamiert. Die Juden wurden aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und aus Vereinen ausgeschlossen, ihre Kinder mussten die Konfessionsschulen verlassen. Die Berufsausübung wurde allen Juden zunehmend unmöglich gemacht, ihre Geschäfte und ihr Besitz wurden unter dem Druck des Regimes oft zu Spottpreisen an Nichtjuden verkauft.

Während des Pogroms vom 9./10. November 1938 wurde die Gemünder Synagoge in Brand gesetzt. An der Brandstiftung waren neben einheimischen nationalsozialistischen Akteuren auch Auswärtige und Führer der NS-Ordensburg Vogelsang beteiligt. Die Feuerwehr durfte während des Brandes nicht zum Schutz der Synagoge eingreifen. In der Nacht wurden Schau- fensterscheiben jüdischer Geschäfte eingeworfen, es kam auch zu Plünderungen.

Viele Juden aus dem Stadtgebiet wurden unmittelbar nach dem Pogrom in Konzentrationslager verschleppt, wo man sie wochenlang drangsalierte.

Nur wenigen Juden gelang die Emigration oder Flucht. Ruth und Alfred Meyer sowie Hannelore Zack, drei Kinder aus Gemünd, konnten im Juli 1939 mit einem der letzten Kindertransporte aus Deutschland ins rettende Ausland gebracht werden. Anderen, wie der Familie Fernbach aus Schleiden, gelang es unter ständiger Lebensgefahr und mit Hilfe einzelner Mitmenschen, unterzutauchen und so die NS-Zeit zu überleben. Den meisten Schleidener Juden gelang dies nicht. Esther Bergstein aus Schleiden wurde 1938 als erste Jüdin deportiert und später ermordet. Einzelne Juden lebten auch in Olef und in Oberhausen.⁸ Insgesamt mehr als 40 Juden, ehe-



Teilansicht der Judenfriedhöfe Gemünd (links) und Schleiden. (Foto: F.A. Heinen)

⁸ Das Schicksal der Juden aus Olef und Oberhausen wird noch weiter erforscht. Aber es ist gesichert, dass der Olefer Kaufmann Martin Löwenstein (*30.03.1889) von Köln aus deportiert wurde und am 21.11.1944 im Konzentrationslager Theresienstadt starb.

malige Nachbarn, gingen im Holocaust zugrunde. Damit erlosch hier alles jüdische Leben, das unsere Orte über Jahrhunderte bereichert und mitgeprägt hatte. 1945

lebten im Stadtgebiet keine Juden mehr. Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass es im Stadtgebiet auch einige Retter bedrängter Juden gab.⁹

ZUR ZWANGSARBEIT IN DIE NORDEIFEL VERSCHLEPPT



Zivile polnische Zwangsarbeiter in Gemünd am Marienplatz. (Foto: Sammlung Heinen / Wollgarten. Nachlass Loni Mertens)

Mehr als zwölf Millionen Zivilisten aus den von der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg besetzten Ländern wurden zwischen 1939 und 1945

meist gegen ihren Willen zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Dort sollten sie die zum Kriegsdienst eingezogenen deutschen Arbeitskräfte ersetzen.

⁹ So wurden im Forsthaus am Scheurener Berg in Schleiden durch Amtsleiter Otto Wemper zeitweilig zwei jüdische Frauen aus Düsseldorf vor der Gestapo versteckt, beide überlebten. Bruno Hörnchen aus Harperscheid wurde 1988 in der Zeitung „Der Weg“ (Ausgabe 45 / 1988, S. 14) als Retter geehrt, der Juden 1938 über die Grenze nach Belgien brachte. Die Geretteten bestätigten die mutige Tat.



Teilansicht des Kriegsgefangenenlagers der Firma Eifeler Holzwerke Stamm in Oberhausen. (Bild aus Werbeprospekt des Unternehmens 1944)

Hunderte dieser ausländischen Zivilisten wurden im Stadtgebiet von Schleiden eingesetzt.¹⁰ Allein aus den unvollständigen Angaben der Krankenkassen ergeben sich ca. 670 Namen von ausländischen Jugendlichen, Frauen und Männern, die im Stadtgebiet arbeiten mussten; tatsächlich waren es weit mehr. Aus anderen Quellen sind zahllose weitere Namen von Zwangsarbeitern bekannt, die in den Versichertenlisten nicht auftauchen.¹¹

Viele mittel- und osteuropäische Arbeitskräfte wurden nach Verstößen gegen die entwürdigende ‚Polenverordnung‘ oder ‚Ostarbeitererlasse‘ bestraft. Im günstigsten Fall verhängte die Polizei hohe

Geldstrafen. Häufig lauteten die Vorwürfe aber auch auf angebliche ‚Arbeitsverweigerung‘, ‚Sabotage‘ oder ‚verbotenen Umgang‘ mit einer deutschen Frau. Solche Denunziationen hatten in der Regel die Überstellung der Verdächtigen in das Aachener Gestapogefängnis zur Folge. Die Gestapo, die gegenüber den sogenannten ‚Fremdarbeitern‘ Ermittlungs-, Anklage-, Urteils- und nicht selten auch Vollstreckungsbehörde war, reagierte mit drastischen Strafen. Manchmal blieb es bei Gefängnisstrafen von wenigen Monaten, es gab aber auch Anordnungen zur ‚Schutzhaft‘ in Konzentrationslagern. So wurde der Pole Stanislaus Suszek (geb. 15.02.1922) nach einem Sabotagever-

¹⁰ Vgl. Heinen, Franz-Albert: „Abgang durch Tod“. Zwangsarbeit im Kreis Schleiden 1939 – 1945, Schleiden 2018.

¹¹ Etwas mehr als die Hälfte der Zwangsarbeiter waren Frauen (52 %). Den größten Anteil stellten mit 62 % Menschen aus dem Westen der damaligen Sowjetunion (vor allem Weißrussland und Ukraine), gefolgt von sogenannten ‚Volksdeutschen‘ aus den sowjetischen Gebieten (18 %) und Polen (17,5 %). Hinzu kamen in geringerem Umfang Franzosen, Niederländer, Belgier und Angehörige anderer Staaten. Nach der Versichertenliste waren im Stadtgebiet etwa 70 % der Zwangsarbeiter in Industriebetrieben und 30 % in der Landwirtschaft beschäftigt.

dacht an seinem Arbeitsplatz in Dreiborn am 29.01.1943 über die Gestapo-Haftanstalt Aachen am 08.05.1943 in das Konzentrationslager (KZ) Buchenwald eingeliefert.¹² Auch der in Schönesseifen eingesetzte polnische Landarbeiter Stanislaus Sroka wurde von der Gestapo Aachen wegen „Unwahrheiten in Briefen“ als ‚politischer‘ Häftling in das KZ Buchenwald überführt. Dort wurde er, wie aus seiner Krankenakte hervorgeht, schwer misshandelt.¹³ Viele der im Stadtgebiet eingesetzten Ausländer fanden hier den Tod. Die sowjetische Erntehelferin Agalowa starb beim Ernteeinsatz auf der Dreiborner Höhe am 06.12.1944. In der Ausländerbaracke des Krankenhauses Mechernich starben am 14.01.1944 die 1895 in der Sowjetunion geborene Lisaweta Belobrodowa, die im Wehrrtüchtigungslager Vogelsang Hilfsdienste leistete, sowie am 26.09.1943

der am 01.09.1911 im polnischen Łomża geborene Pawel Laurecki aus dem Lager Nierfeld. Im März 1944 starb in Gemünd der im ostpolnischen Wola Węgierska geborene Simon Luk und am 12.02.1945 in Gemünd der Italiener¹⁴ Annibale Piccinini. Zu den Opfern der Zwangsarbeit bei den Eifeler Holzwerken in Oberhausen gehören Maria Rischenkova (geb. 29.12.1925, Sowjetunion) und ihre männlichen Kollegen Felix Suzek (geb. 18.11.1911) aus dem polnischen Pleszew, der Ukrainer Peter Titarenko (geb. 02.06.1924 in Kiew), gestorben am 08.10.1944 in Oberhausen. Michael Lukin (geb. 02.06.1925 in Rostow / Don), gestorben am 20.02.1944 im sogenannten Krankensammellager des Landesamtes Köln-Gremberg, das in Wirklichkeit ein Sterbelager war. Rigoley Karzow (geb. 26.09.1923 in der Sowjetunion), gestorben am 18.06.1944 im Kreis Krankenhaus Mechernich.

SOWJETISCHE KRIEGSGEFANGENE IM SKLAVENEINSATZ

Während des Zweiten Weltkrieges bildeten die sowjetischen Kriegsgefangenen, die ab Oktober 1941 auch im Stadtgebiet von Schleiden in Arbeitskolonnen eingesetzt

wurden, die am unmenschlichsten behandelte Gruppe unter den Zwangsarbeitern. Der Krieg im Osten war von Anfang an als Vernichtungskrieg angelegt. Hunderttausende sowjetischer Kriegsgefangener

¹² Vgl. ITS 1.2.2.1 / 11355761.

¹³ Als Landarbeiter seit 03.05.1941 in Schönesseifen, ledig, katholisch; 02.05.1942 zum Gefängnis in Aachen; 06.05.1942 zur ‚Schutzhäft‘ wegen „Unwahrheiten in Brief“, Konzentrationslager Buchenwald ab 10.07.1942, Häftlingsnummer 3524. ITS 1.2.2.1 / 11355793; ITS 1.1.5.3 / 7171257 bis -266; (u.a.: Fragebogen für Häftlinge; Krankenkarte).

¹⁴ Italienische Arbeiter im Reichsgebiet galten bis zum Badoglio-Putsch Mitte 1943 als freiwillige Helfer einer verbündeten Achsenmacht. Danach wurden sie als angebliche ‚Verräter‘ zu sog. ‚Italienischen Militärinternierten‘ erklärt, die auch in der Region schwere Zwangsarbeit leisten mussten.

starben in den Hungerlagern hinter der Front. Als Monate später der Arbeitseinsatz osteuropäischer Kriegsgefangener in Deutschland beschlossen wurde, wurden viele halbverhungerte Männer in Viehwaggons nach Westen transportiert, wo die Ernährung weiter unzureichend war. Diese Gefangenen sollten im Schleidener Raum vor allem in Kolonnen zur Waldarbeit eingesetzt werden, waren aber aufgrund ihres Zustandes dazu kaum in der Lage, wie der arenbergische Forstmeister Ludwig Seitz in seinen Erinnerungen festhielt: „Die Gefangenen kamen in unglaublich schlechter Verfassung hier an. Zumeist kamen sie aus Lagern, wo sie fast verhungert waren und später kamen sie aus dem Bergbau, wo sie wie eine Zitrone ausgepresst wurden. An einen Einsatz der bedauernswerten Menschen im Wald war zunächst nicht zu denken.“ Seitz versuchte, die Häftlinge mit zusätzlichen Nahrungsrationen ‚aufzupäppeln‘, doch die ausgemergelten Männer vertrugen



Kriegsgefangenenlager Gemünd in der damaligen Turnhalle neben dem Kloster St. Katharina. (Foto: Sammlung Heinen / Wollgarten. Fotograf unbekannt)

das Essen nicht mehr: „Diese zwar gutgemeinte, aber falsche Ernährung quitierte ein gewisser Prozentsatz durch Abgang



Französische Kriegsgefangene bei Mauerarbeiten am Olefufer in Gemünd. (Foto: Nachlass Edmund Herbrand)

durch Tod.“ In den ersten Monaten ihres Einsatzes gab es im Kreis Schleiden zahlreiche Opfer. Tag für Tag erhielten diese Gefangenen weiterhin nur eine Art dünne Kohlsuppe mit einem Kanten Brot. In seltenen Fällen gab es allenfalls noch etwas Freibankfleisch dazu. Als Schuhwerk trugen die in zerlumpten Uniformen Gekleideten oft Holzpantinen, meist aber - auch im Winter - Füßlinge. In den letzten Kriegsmonaten wurden hungernde sowjetische Kriegsgefangene im Frontbereich in sogenannten Schanzlagern zum Bau von Erdstellungen eingesetzt. Solche Lager für jeweils mehrere hundert Mann gab es u.a. im Kermeter, aber auch z.B. in Nierfeld und Malsben-

den sowie auf dem Schleidener Schloss. Es war verboten, den Häftlingen Zugang zu Schutzräumen zu gewähren. So wurden mehrere hundert Gefangene außerhalb der Arbeitszeiten im Obergeschoss des Schlosses eingesperrt. Dort richtete am 13.12.1944 ein Bombenvolltreffer ein Blutbad unter ihnen an, während die Deutschen, die in den Kellergewölben des Schlosses Schutz gesucht hatten, unverletzt blieben. Neben den elf Toten, die zunächst neben dem Schloss in einem Massengrab verscharrt wurden, gab es im Stadtgebiet weitere Opfer unter den sowjetischen Kriegsgefangenen: Zum Beispiel Alexandr Ostroschko¹⁵ und Nikolaj Teleschow.¹⁶

AUS RASSISTISCHEN MOTIVEN VERSTÜMMELT UND ERMORDET

Mit der Etablierung des nationalsozialistischen Regimes 1933 setzte die NSDAP als Staatspartei ihre rassistischen Bestrebungen zur sogenannten ‚Aufordnung‘ des deutschen Volkes und zur „Ausmerzung unwerten Lebens“ zielstrebig um. Eilends erlassene neue verbrecherische Gesetze und Ausführungsbestimmungen bereiteten den

Weg für einen Dammbruch, der schon bald Zwangssterilisationen, Zwangsabtreibungen und schließlich die Ermordung von Pflegepatienten möglich machte.¹⁷ Die Tatsache der Zwangssterilisierungen war der Öffentlichkeit durchaus bekannt. Nationalsozialistische ‚Erbgesundheitsgerichte‘ in Verbindung mit Amtsärzten der Kreisverwaltungen beriefen sich seit 1934

¹⁵ Alexandr Ostroschko: geb. 30.09.1919 in Kitarowsk, Bauer; Einsatz beim Arbeitskommando AK 772 in Schleiden-Oberhausen, Tod 27.03.1944.

¹⁶ Nikolaj Teleschow: geb. 12.08.1903 Stalingradskaja Oblast, Kraftfahrer, Einsatz in Schleiden, Tod 14.06.1943.

¹⁷ Zu den Verbrechen im Rahmen nationalsozialistischer ‚Rassenhygiene‘ vgl. die umfangreiche Darstellung von Dieter Lenzen: Zwangssterilisationen und Euthanasieverbrechen im Kreis Monschau. Beiträge zur Geschichte des Monschauer Landes (Hrsg.: Geschichtsverein des Monschauer Landes e.V.), Düren 2021. Älteren Datums, aber ebenfalls aufschlussreich: Harry Seipolt: ... kann der Gnadentod gewährt werden. Zwangssterilisation und NS-„Euthanasie“ in der Region Aachen, Aachen 1995.



Gedenklanschaft der ehemaligen Tötungsanstalt Hadamar, in der auch die Asche vieler NS-Euthanasieopfer aus dem Stadtgebiet beigesetzt wurde. (Foto: F.A. Heinen)

auf nationalsozialistische Gesetze,¹⁸ wenn sie das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit bei zahllosen Menschen grob verletzten. Durch die Zwangssterilisationen nahm das Regime mehreren hunderttausend Frauen und Männern die Möglichkeit, eine Familie zu gründen. Wenn sie den Eingriff überlebten, litten sie nach der Verstümmelung oft bis an ihr Lebensende unter dem Stigma vermeintlicher körperlicher und/oder geistiger Minderwertigkeit. Die im Nationalsozialismus geförderte negative Außensicht auf die Opfer wirkte noch lange nach 1945 fort und wurde zu einer schweren Belastung für ganze Familien.¹⁹ Auch in der Stadt Schleiden wurden viele Menschen zu Opfern der ‚Rassenhygiene‘ des Regimes. Dennoch verweigerte



Stolperstein für Maria Daniel in Morsbach, die in Hadamar ermordet wurde. (Foto: F.A. Heinen)

¹⁸ Das 1934 in Kraft gesetzte ‚Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses‘ lieferte formal die legale Grundlage für Zwangssterilisationen.

¹⁹ Daher werden hier im kleinstädtischen Milieu – mit einer begründeten Ausnahme – keine Namen von Betroffenen öffentlich gemacht.

ihnen die Bundesrepublik Deutschland jahrzehntelang jegliche Wiedergutmachung ausgerechnet unter Berufung auf die NS-Unrechtsgesetzgebung.

Bei den geheim gehaltenen Euthanasiemorden der Nationalsozialisten starben etwa 200.000 Patienten psychiatrischer Anstalten. Sie wurden ab 1941 zunächst bei Massentötungen in Gaskammern, später auch vom Personal der Heil- und Pflegeanstalten durch Medikamentengabe oder gezielte Unterversorgung ermordet. Psychiatriepatienten aus der Region wurden in verschiedenen Anstalten, vor allem aber ab 1941 in der Tötungsanstalt Hadamar ermordet.²⁰ Dort starben unter anderem Patienten der damaligen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Düren, in der viele Patienten aus dem Stadtgebiet untergebracht waren. Um die Tötungsabsicht zu verschleiern, wurden die Patien-

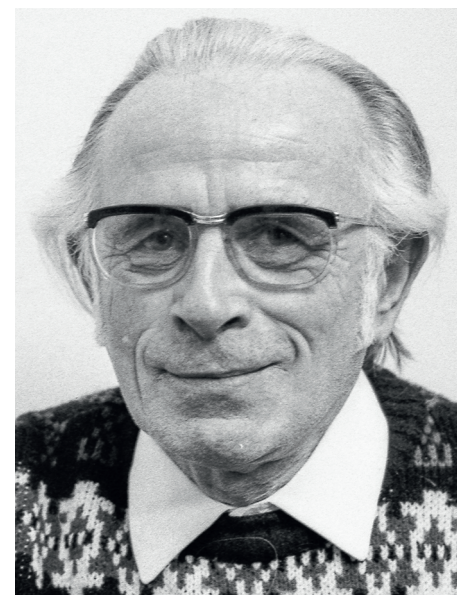
ten zunächst in so genannte ‚Zwischenanstalten‘ wie beispielsweise Andernach verlegt und von dort zeitverzögert mit den ‚Grauen Bussen‘ in die Tötungsanstalten gebracht. In Hadamar begann die Tötungsaktion am 13.01.1941. Neu eingetroffene Patienten wurden sofort in die Gaskammer getrieben und mit Kohlenmonoxidgas getötet. Unmittelbar danach wurden die Leichen im anstaltseigenen Krematorium eingeäschert. Den Angehörigen wurde regelmäßig eine frei erfundene angebliche Todesursache mitgeteilt, meist ‚Lungenentzündung‘ oder ‚Kreislaufschwäche‘. Bis zum Stopp der ersten Tötungswelle am 24. August 1941 wurden allein in Hadamar über 10.000 Patientinnen und Patienten ermordet, darunter nachweislich mehrere aus dem heutigen Stadtgebiet von Schleiden. Für eines der Opfer, Maria Daniel aus Morsbach, wurde 2015 ein Stolperstein verlegt.²¹

²⁰ Hadamar war eine von sechs Tötungsanstalten im Reich während der ersten Mord-Kampagne 1940 bis Mitte 1941. Dorthin wurden in speziellen ‚Grauen Bussen‘ Psychiatriepatienten aus der gesamten Rheinprovinz zur Tötung gebracht, weshalb Hadamar im Zusammenhang mit den Euthanasieverbrechen für das Stadtgebiet Schleiden besondere Bedeutung erlangte. Von neun der vorgeschalteten 20 sogenannten ‚Zwischenanstalten‘ im Reich wurden Patienten zur Tötung nach Hadamar gebracht. Dank an Dr. Dieter Lenzen (Kesternich) für diesen Hinweis.

²¹ Für diese Zusammenfassung wurden die Patientenbücher der ehemaligen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Düren, die sich im Archiv des Landschaftsverbandes Rheinland in Brauweiler befinden, vom Verfasser nach Verkürzung der Schutzfristen stichprobenartig durchgesehen: ALVR Nr. 78.812: Aufnahmebuch Männer 1942-1944; ALVR Nr. 78.821 Ü: Aufnahmebuch 1944-1948; ALVR Nr. 78.837: Aufnahmebuch Frauen 1940-1949; ALVR Nr. 78.838: Zu- und Abgangsbuch Männer und Frauen 1938-1940; ALVR Nr. 78.840: Zu- und Abgangsbuch Männer und Frauen, 1940-1942; ALVR Nr. 78.841: Zu- und Abgangsbuch Männer und Frauen, 1936-1949; ALVR Nr. 78.830: Alphabetische Liste der 1941 aus der Anstalt Düren Verlegten. Weitere Namenslisten in ALVR Nr. 80.759 (Nachfragen zu verlegten Patientinnen und Patienten, 1947-1954) und ALVR Nr. 80.760 (Verlegung von Patientinnen und Patienten aus der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Düren in die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bonn 1944-1945). Weitere Quellen: Bundesarchiv, Bestand R 179 (Stand: August 2018): Namen von Opfern der NS-‚Euthanasie‘, zu denen Patientenakten im Bestand R 179 des Bundesarchivs vorliegen (Online-Recherche). Es zeigte sich, dass viele Kranke aus der Dürener Anstalt in die Zwischenanstalten Galkhausen (heute LVR-Klinik Langenfeld), Waldheim bei Chemnitz oder Andernach kamen, bevor sie in Hadamar ermordet wurden. Viele wurden auch in die Landesheilanstalt für Geisteskranke im westböhmischen Dobřany (Dobruzan, Wiesengrund) gebracht. In dieser Anstalt starben zwischen 1939 und 1945 mehr als 5.000 Patienten, darunter auch einige aus dem Stadtgebiet Schleiden.

VERFOLGUNG POLITISCHER GEGNER

Seit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 war das nationalsozialistische Regime bestrebt, seine Macht dauerhaft zu sichern. Demokratische Politiker wurden rasch aus ihren Ämtern entfernt, Schlüsselpositionen in Politik und Verwaltung mit Parteigängern besetzt. Einschüchterung, Drangsalierung und Inhaftierung waren gängige Herrschaftsmittel der neuen Machthaber. Im heutigen Stadtgebiet gerieten mehrere Bürgermeister ins Visier der Nationalsozialisten. Darunter Joseph Töchter in Gemünd, ein ausgewiesener Verfechter der Demokratie. Er war vor 1933 keiner Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten aus dem Weg gegangen und wurde bei einer sogenannten ‚Säuberungsaktion‘ der NSDAP am 13.03.1933 so unter Druck gesetzt, dass er zu seinem eigenen Schutz um seine Beurlaubung bat. Ähnlich erging es wenig später dem Bürgermeister von Schleiden/Harperscheid, August Schäfer.



Josef Lorbach aus Wollseifen, der als offener NS-Gegner u.a. im KZ Esterwegen leiden musste. (Foto: Sammlung Heinen / Wollgarten. Fotograf: Peter Felten)

Josef Graf von Spee (18.04.1876 in Düsseldorf) war seit 1916 Landrat des Kreises Schleiden. Am 31.08.1933 wurde er in den einstweiligen Ruhestand versetzt und am 01.06.1934 unter Berufung auf das nationalsozialistische ‚Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ endgültig aus dem Landratsamt am Ruppenberg verdrängt und durch das NSDAP-Mitglied

Josef Schramm ersetzt.²² Massiv bedrängt und überwacht wurden seit 1933 vor allem auch Mitglieder der bald verbotenen KPD und der SPD.

Aber noch Anfang 1936, rund drei Jahre nach Beginn der NS-Herrschaft, hatte das Landratsamt Schleiden 19 Aktivisten der KPD und 12 der SPD als vermeintliche

²² Vgl. Weitz, a.a.O., *Machtergreifung und Gleichschaltung 1933/1934*, S. 212 sowie zur Ablösung von Landrat Josef von Spee den Online-Eintrag unter https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_von_Spee.

Staatsfeinde gesondert in einer Gegner-Kartei erfasst.²³

Auch republikanisch gesinnte Journalisten gerieten schnell ins Visier des Regimes. So etwa der am 17.02.1909 in Wollseifen geborene Josef Lorbach. Er lieferte 1933 seine Berichte an Eifeler Lokalzeitungen, zuletzt an den zentrumsnahen Aachener Volksfreund. Lorbach war in der katholischen Jugendbewegung aktiv und ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus. Seit Frühjahr 1933 war er auch Korrespondent eines belgischen Pressebüros. Dies nahm die Geheime Staatspolizei (Gestapo) zum Vorwand, um gegen den unbequemen Journalisten vorzugehen. Die Lieferung von Texten an die Lütticher Agentur interpretierte die Gestapo als Landes- und Militärverrat und verhaftete den Journalisten am 24. Juli 1933. Obwohl sich die Vorwürfe nicht erhärten ließen, wurde Lorbach in Einzelhaft genommen. Von Juli 1933 bis Juni 1934 saß er in Aachen, von Juni bis August 1934 in

Hamm in Untersuchungshaft. Das dortige Oberlandesgericht verurteilte ihn zu 18 Monaten Gefängnis, von denen er bereits 13 Monate in Untersuchungshaft verbüßt hatte. Nach Verbüßung der Reststrafe in Siegburg bis zum 25.01.1935 wurde der Journalist jedoch nicht entlassen, sondern bis September 1935 zur sogenannten Schutzhaft in das KZ Esterwegen überführt.²⁴ Die dortigen Verhältnisse waren brutal.²⁵

Lorbach schilderte nach 1945 eine typische Szene beim Betreten eines Büros im Konzentrationslager Esterwegen: „Im Türhaken stand ein SS-Mann und setzte jedem Eintretenden seinen Fuß so zwischen die Beine, dass er in den Raum hineinstolperte. Hier fing ihn ein anderer SS-Mann auf und traktierte ihn mit Fußtritten, weil er nicht einmal anständig ein Dienstzimmer betreten“ könne.²⁶ Noch 1938 stand Josef Lorbachs Name auf der Schleidener Liste der angeblichen Staatsfeinde der Gestapo Aachen.²⁷

²³ Staatspolizeistelle für den Reg. Bez. Aachen, II. K. 2. 1987/35 v. 10.02.1936 an Preußische Staatspolizei II 1 A (A.): Geheime Reichssache v. 10.02.1936, betr.: Namentliche Erfassung derjenigen Personen, die aufgrund ihrer politischen Einstellung eine Gefahr für den Staat bilden, in: Landesarchiv (LAV) NRW, Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Aachen RW 0035, Nr. 7, Laufzeit 1935-1939 (1941), Staatsfeinde (A-Kartei).

²⁴ Vgl. zum Fall Lorbach auch Dirk Lürßen „Wir sind die Moorsoldaten“. Die Insassen der frühen Konzentrationslager im Emsland 1933 bis 1936. Biographische Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen kategorialer Zuordnung der Verhafteten, deren jeweiligen Verhaltensformen im Lager und den Auswirkungen der Haft auf die weitere Lebensgeschichte. Dissertation zur Erlangung des Grades Doktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.) am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück, vorgelegt am 25. Mai 2001. Darin mehrfach Zitate aus: Lorbach, Josef (1988): Erinnerungen - Verhaftet 1933 ..., abgedruckter Auszug aus der WDR III-Sendung vom 31. Oktober 1988. Nach Lürßen, FN 687, S. 353: DIZ-Akte Lorbach mit zwei ausführlichen Berichten über die Haftzeit im KL Esterwegen.

²⁵ Vgl.: Bernd Faulenbach und Andrea Kaltfofen (Hg.): Hölle im Moor. Die Emslandlager 1933-1945, 3. Auflage, Göttingen 2019.

²⁶ Vgl. Lürßen, FN 217: Lorbach 1988 / unveröff., S. 66.

²⁷ Stapo-Stelle Aachen: Aufstellung der durch die A-Kartei erfassten Personen, Geheime Reichssache Nr. 1179 LA NRW, Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Aachen RW 0035, Nr. 7, Laufzeit 1935-1939 (1941), Staatsfeinde (A-Kartei).

TERROR IM NAMEN DES REGIMES

Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) war als politische Polizei das zentrale Terrorinstrument des nationalsozialistischen Regimes. Sie wurde im April 1933 in Preußen gegründet und hieß ab August 1936 reichseinheitlich ‚Geheime Staatspolizei‘. Formal unterstand sie dem Reichsinnenminister, als Sonderbehörde handelte sie jedoch nach eigenem Ermessen. Sie agierte in einem nahezu rechtsfreien Raum mit weitgehender Handlungsfreiheit und entschied in Abstimmung mit dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) über Leben und Tod. Dabei führte sie in absoluter Loyalität den Willen Hitlers aus, bestimmte aber selbst über ihre Methoden, die oft von entgrenzter Gewalt bestimmt waren. Im Kern war die Gestapo ein „Instrument zur Ausschaltung der politischen Opposition und zur Verfolgung, Isolierung und nicht selten auch der physischen Vernichtung sozial und rassistisch definierter Minderheiten“.²⁸

Die Entscheidungen der Gestapo entzogen sich der Überprüfung durch die Justiz, die als ‚dritte Gewalt‘ in demokratischen Staaten typischerweise das Handeln des Staates kontrolliert. Die Terrorbehörde



Karl Bonaszewski (links) lebte bis zur Festnahme durch die Gestapo zuletzt in Wolfgarten und kam in der KZ-Haft um. Der US-Pilot Quince Brown (rechts) wurde 1944 vor zahlreichen Zeugen an der heutigen Kreuzung Holgenbach von NS-Funktionären misshandelt und erschossen. (Bild links: Familienbesitz; Bild rechts: Nachlass K.J. Lüttgens)

wurde von der Bevölkerung zutreffend als unheimliche, scheinbar allmächtige, destruktive Kraft wahrgenommen, die im Zweifelsfall zerstörerische Energien entfalten konnte. Sie war zugleich Ermittlungsorgan in Strafsachen gegen vermeintliche Staats- und Volksfeinde und Anklage- sowie Urteilsbehörde zur Festlegung der Strafen. Schließlich übernahm die Gestapo auch die Funktion des Henkers. Es kam zu zahllosen, oft willkürlichen Verhaftungen. So hieß es im Einsatzbefehl der Gestapo Aachen zum Schutz Hitlers bei der Durchfahrt durch Gemünd zu einer Tagung in Vogelsang 1936: „Auf verdächtige Elemente ist zu achten. Personen, die aus der kommunistischen Be-

²⁸ Volker Dahm: Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich, Neuauflage München 2008, zur Gestapo Kurzdarstellung S. 336f.

wegung bekannt sind und sich in der Nähe der Durchgangsstraßen aufhalten, sind in Schutzhaft zu nehmen und in das Polizei- oder Gerichtsgefängnis Gemünd einzuliefern.“²⁹

In Köln-Ehrenfeld hatte der am 19.07.1913 geborene Karl Bonaszewski sich im Widerstand gegen die Nationalsozialisten engagiert, bis er ins Visier der Gestapo geriet. Die verfolgte ihn jedoch offiziell nicht wegen des politischen Widerstands, sondern mit dem Argument angeblicher Homosexualität.³⁰ Karl Bonaszewski war vor seiner drohenden Inhaftierung in die Nordeifel geflohen und war zuletzt in ‚Gemünd-Wolfgarten (Eifel), Dorfstraße 17‘ gemeldet.³¹ Seit dem 09.08.1939 war er im Polizeigefängnis Aachen inhaftiert. Wegen angeblicher ‚Unzucht‘ wurde er zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Von Aachen wurde er am 11.03.1942 in das Gefängnis Koblenz und am 23.04.1942 wieder in

das Polizeigefängnis Aachen verlegt. Nach Verbüßung der Haftstrafe wurde er jedoch nicht entlassen, sondern nun geriet er vollends in die Fänge der Gestapo. Für ihn begann ein langer Leidensweg durch diverse Konzentrationslager: Ab dem 07.06.1943 war er im Vogesen-KZ Natzeweiler mit der Häftlingsnummer 3.981. Im weiteren Verlauf kam er in das Natzeweiler Außenkommando Oberehnheim/ Elsaß (Obernai) und im September 1944 in das KZ Dachau mit der Häftlingsnummer 112.475. Von dort wurde Bonaszewski am 22.10.1944 in das KZ Neuengamme bei Hamburg gebracht. Die dortigen Häftlinge wurden am 29.04.1945, wenige Tage vor Kriegsende, nach Lübeck überführt und auf die Schiffe ‚Cap Arcona‘, ‚Thielbeck‘ und ‚Athen‘ verteilt. Am 03.05.1945 sanken die ‚Cap Arcona‘ und die ‚Thielbeck‘ nach einem Luftangriff. Die meisten Häftlinge ertranken, zahllose Leichen wurden an den Strand bei Neustadt gespült. Spä-

29 Einsatzbefehl des Führers des SD-Oberabschnitts West, SS-Standartenführer Glatzel, an SD und Gestapo Aachen vom 14.11.1936, in LAV NRW, Abt. Rheinland, RW 0035 Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Aachen RW 0035, Nr. 15 (15): Schutz führender Persönlichkeiten.

30 Zwischen 1933 und 1945 verurteilte die NS-Justiz mehr als 50.000 Männer wegen verbotener Homosexualität. Zwischen 10.000 und 15.000 Homosexuelle wurden in Konzentrationslager eingewiesen, Tausende kamen dort um. Bereits vor 1933 waren homosexuelle Handlungen unter Männern nach § 175 des Reichsstrafgesetzbuches strafbar. Im Jahr 1935 wurden die Strafbestimmungen massiv verschärft und pauschal alle ‚unzüchtigen Handlungen‘ zwischen Männern unter Strafe gestellt. Die schlimmste Strafe war die Einweisung zur ‚Schutzhaft‘ in Konzentrationslager. Dort wurden die Angehörigen dieser Opfergruppe mit einem rosa Winkel gebrandmarkt, ihre Sterblichkeitsrate war sehr hoch. Der Höhepunkt der Verfolgung lag in den Jahren 1936 bis 1939. Der allgemeine Textteil ist angelehnt an die Online-Darstellung <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ausgrenzung-und-verfolgung/homosexuellenverfolgung.html>, Text von Sarah Bornhorst © Deutsches Historisches Museum, Berlin 22. Mai 2020. Zur Nutzung: Text: CC BY NC SA 4.0 sowie an die Wikipedia-Darstellung unter https://de.wikipedia.org/wiki/Homosexualit%C3%A4t_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus, durch den Autor zuletzt eingesehen am 02.01.2024. Der verschärfte Paragraph 175 blieb in der Bundesrepublik und der DDR noch Jahrzehnte in Kraft. Erst 2002 rehabilitierte der Bundestag diese Opfer der NS-Justiz.

31 Die beim International Tracing Service (ITS) in Bad Arolsen lagernden Haft-Dokumente zu Karl Bonaszewski wurden der Familie 2015 in Kopie übermittelt, Brunhilde Hoffmann stellte sie 2015 dem Autor zur Mitnutzung zur Verfügung. Es handelt sich um die Dokumente im ITS-Teilbestand: 1.1.30.1, Doc. ID. 3414678. Inzwischen sind viele der Dokumente auch Online bei der ITS-Recherche einsehbar.



Die sog. „Mordkaul“ am Hohenfried oberhalb des Gemünder Friedhofs. Dort wurde ein jugendlicher mutmaßlich durch ein Gestapo-Kommando erschossen. (Foto: F.A. Heinen)

ter wurde nach einem Bericht der Lübecker Freien Presse die Erkennungsmarke mit der Häftlingsnummer 61.723 von Karl Bonaszewski gefunden. Es ist davon auszugehen, dass er zu den 7.000 Opfern der Katastrophe gehört.³² Bonaszewski war nur eines von etlichen Opfern aus dem Stadtgebiet, die von der Gestapo in die diversen Haftstätten des Regimes geschickt wurden.

Ab September 1944 war der Stab des neu gebildeten Mobilen Sonderkommandos IV der Gestapo im Schloss Schleiden untergebracht. Eine Außenstelle mit mehreren Beamten befand sich in Gemünd. Die Kontrolle der Ausländer im rückwärtigen Frontgebiet war die wichtigste Aufgabe des Kommandos. Zwei Gestapobeamte waren nach Zeugenaussagen an einer Gewalttat in Gemünd beteiligt. Hier wurde am 04.11.1944 ein Jugendlicher in HJ-Uni-

form am Hang des Hohenfried oberhalb des Friedhofs erschossen. Er musste mit einem zweiten, ebenfalls uniformierten Jugendlichen ein Grab schaufeln. Das zweite Opfer konnte fliehen. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass es sich bei den beiden zur Erschießung vorgesehenen jungen Leuten in Wirklichkeit um ukrainische Zwangsarbeiter handelte, die nach ihrer Flucht zur Tarnung gestohlene HJ-Uniformen angezogen hatten.

Im November 1944 ordnete der Kölner Gestapo-Chef Max Hoffmann an, dass das Gestapo-Sonderkommando in Schleiden bei Ausländern verstärkt von der Möglichkeit der „Erschießung auf der Flucht“ Gebrauch machen sollte. Wenig später tötete das Sonderkommando im Wald zwischen Schleiden und Bronsfeld einen osteuropäischen Zwangsarbeiter. Der blasse, etwa 35 Jahre alte Häftling in blauer Ar-

32 Vgl. Ohne Autor: 332 „Cap-Arcona“-Tote exhumiert, in: Lübecker Freie Presse Nr. 122 vom 26.05.1954.

beitskleidung wurde auf einem Waldweg mit einer Maschinenpistole erschossen und an Ort und Stelle verscharrt.³³

Am 06.09.1944 wurde an der Einmündung der Straße Am Holgenbach in die damalige Bahnhofstraße (heute: B 265, Blumenthaler Straße) der amerikanische Pilot Quince Brown bei einem Lynchmord getötet. Nach dem Abschuss seines Flugzeuges bei Scheuren war er verletzt mit dem Fallschirm gelandet. Als Wehrmachtsangehörige ihn zu einem Arzt bringen wollten, trafen sie an der Ecke Bahnhofstraße

(heute Bundesstraße 265) / Holgenbach auf die in entgegengesetzter Richtung fahrenden SD-Führer Wilhelm Fischer und Rudolf Seidel. Beide attackierten den Amerikaner brutal mit Faustschlägen. Bald beteiligten sich auch umstehende Militärs an den Misshandlungen. Als Brown blutüberströmt und fast bewusstlos am Boden lag, gab Seidel einen Schuss aus seiner Pistole auf den Amerikaner ab. Beim Weggehen forderte er einen der Umstehenden auf, noch einen Schuss auf das Opfer abzugeben, um es endgültig zu töten.³⁴

ENTWICKLUNG DER ERINNERUNGS-KULTUR SEIT 1945

JUDENFRIEDHÖFE: PFLEGE UND DISKUSSION

Die Entwicklung der Erinnerungskultur im Stadtgebiet soll hier exemplarisch am Beispiel der am besten erforschten Gruppe der jüdischen Opfer dargestellt werden.³⁵ Nur wenigen Juden

aus dem Stadtgebiet gelang die Flucht ins Ausland, die meisten von ihnen wurden im Holocaust ermordet. 1945 lebten im Schleidener Tal zunächst keine Juden mehr.³⁶ Die Ruinen der beim November-

33 Vgl. Justiz und NS-Verbrechen JuNS, Urteilssammlung, Lfd. Nr. 732, Tatkomplex: Verbrechen der Endphase, Gerichtsentscheidungen LG Köln vom 13.05.1970, 73 Ks 1/69, LG Bonn vom 27.12.1965, 8 Ks 2/64 sowie BGH vom 15.10.1968, 2 StR 137/67. Vgl. dazu auch Franz Albert Heinen: Abgang durch Tod, Schleiden 2018, S. 349f.

34 Hier stark verkürzt nach: JuNS, Einzelausfertigung der Gerichtsentscheidung des Verfahrens Lfd. Nr. 385: LG Aachen vom 07.12.1953, 11 Ks 1/53. Aus: JuNS, Band XII, Lfd. Nr. 383-410, Amsterdam 2009. Weitere Quellen: Karl J. Lüttgens: Kriegsjahre, Kriegsende und erste Neuanfänge im Kreis Schleiden, Gemünd 1997, S. 144-161 und 167f. Zudem LA NRW Ger. Rep. 87 Nr. 175.

35 Die Geschichte der Zwangsarbeiter und der sowjetischen Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz liegt inzwischen zwar ebenfalls vor; für andere Gruppen, etwa für die Euthanasie-Opfer, fehlt es jedoch bislang im Stadtgebiet an vertieften Forschungen. Die Darstellung würde zudem den Rahmen der vorliegenden Broschüre sprengen.

36 Später wohnte Julie Herz wieder an der Schleidener Straße in Gemünd. Vgl. Schreiben Stadtdirektor an Frau Julie Herz in Gemünd, Schleidener Straße, vom 24. Mai 1952, in: StA SLE, Gemünd 87-9: Instandsetzung und Unterhaltung des jüdischen Friedhofes und des Soldatenfriedhofes 1945 – 1962.

pogrom 1938 zerstörten Synagoge in Gemünd wurden bereits während des Krieges abgetragen; die Stadt verkaufte das Grundstück an einen Privatmann. Die einzigen noch sichtbaren Relikte des ehemaligen jüdischen Lebens nach 1945 waren die Judenfriedhöfe in Gemünd und Schleiden. Die befanden sich allerdings

in beklagenswertem Zustand und wiesen deutliche Spuren von Vandalismus und Kriegszerstörungen auf. Das Problem war anderswo ähnlich. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde beklagte mit Schreiben vom 30.7.1946 bei der Bezirksregierung den Zustand der jüdischen Friedhöfe im Regierungsbezirk Aachen.³⁷

GEMÜND

Der Gemünder Judenfriedhof war 1.200 qm groß. Dort befanden sich 51 Einzelgräber, fünf Doppelgräber und ein Dreiergrab.³⁸ Die Stadtverwaltung befasste sich bereits ab dem Spätsommer 1945 mit dem unwürdigen Zustand

des Judenfriedhofs³⁹ und kündigte an, ihn im Rahmen der allgemeinen Aufräumarbeiten instand zu setzen.⁴⁰ Seit Juni 1946 wurden die Kommunen auch durch die Bezirksregierung Aachen zur Herrichtung der jüdischen Friedhöfe ver-

37 Ebd.: Regierungspräsident Aachen, 5. August 1946, an OKD in Steinfeld, betrifft: Instandhaltung jüdischer Friedhöfe.

38 Die Bezirksregierung Aachen hatte 1958 die Kommunen aufgefordert, zur Situation der Judenfriedhöfe zu berichten, in: StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

39 In dem Schreiben an den Landrat erinnerte die Verwaltung an die früheren Pläne zum Neubau des Gemünder Bahnhofs, durch den der Judenfriedhof vom neuen Güterbahnhof überbaut worden wäre. Vgl. F.A. Heinen: Kleinstadt-Planung mit der Brechstange, in: Publikation 8 / Jahresheft 2017 des Geschichtsforums Schleiden, S. 96 - 106. Die Planungsunterlagen der vorgesehenen Urftverlegung befinden sich einschließlich diverser Karten und hydraulischer Berechnungen in: KA Euskirchen, SLE I, Nr. 376 (Entwurf über die Verlegung der Urft für den Durchbruch Gemünd. Kreis Schleiden. Reg. Bez. Aachen 1938/1939). Ein Jahr später ergänzte der Gemünder Bürgermeister, den Sachverhalt deutlich beschönigend, dass das Gelände des im Eigentum der jüdischen Gemeinde stehenden Friedhofs für die Bahnhofserweiterung benötigt werde. „Der alte Friedhof sollte der Reichsbahn überlassen werden und die Stadtgemeinde sollte auf Kosten der Reichsbahn ein neues Grundstück zur Verfügung stellen. Mit diesem Vorschlag waren, soweit ich mich entsinnen kann, alle Parteien [sic!] einverstanden. Derselbe ist dann später nicht mehr zur Durchführung gekommen, weil 1939 die letzten Juden von hier weggegangen sind.“ Vgl. Bürgermeister der Stadt Gemünd an Herrn Oberkreisdirektor in Steinfeld, betrifft Instandhaltung jüdischer Friedhöfe, Gemünd-Eifel, den 21.8.1946, in: StA SLE, Gemünd 87-9: Instandsetzung und Unterhaltung des jüdischen Friedhofes und des Soldatenfriedhofes 1945 – 1962. Am 10.10.1946 protestierte auch die nun zuständige jüdische Gemeinde bei der Reichsbahn gegen jede Inanspruchnahme des Friedhofs: „Nach dem jüdischen Gesetz dürfen die Toten nicht umgegraben werden, ihre Ruhestätte darf nicht berührt werden.“ Abschrift Schreiben Loewendahl in: StA SLE, Gemünd 87-9: Instandsetzung und Unterhaltung des jüdischen Friedhofes und des Soldatenfriedhofes 1945 – 1962. Damit war der Friedhof vorerst für alle Bauplanungen tabu.

40 Ebd.: Bürgermeister Gemünd an Herrn Landrat in Steinfeld vom 13. September 1945, betrifft: jüdische Friedhöfe. Verfügung vom 5. September 1945 Pol. 602/8 b H 15.9.



Gräberreihe auf dem Judenfriedhof in Gemünd. (Foto: F.A. Heinen)

pflichtet.⁴¹ Oberkreisdirektor Dr. Graff forderte am 25.7.1946 die Kommunen dazu auf, die Wiederherstellung der jüdischen Friedhöfe beschleunigt anzugehen. Ende 1946 begannen endlich die Arbeiten zur Friedhofspflege.⁴² 1949 regelte das Kul-

tusministerium NRW (Erlass v. 20. Juni 1949 I G Az.70-71 Tgb. Nr. 506/49) endgültig die Zuständigkeiten für die Pflege der nicht mehr genutzten jüdischen Friedhöfe.⁴³ In Gemünd übernahm die Jüdische Gemeinde Aachen allerdings noch genau-

41 Ebd.: „Es ist eine Ehrenpflicht, die Friedhofsschändungen so schnell wie möglich ungeschehen zu machen. Mit Erlass vom 29. Juni 1946 [...] ordnet der Herr Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz an, dass in allen Gemeinden, in denen sich ein jüdischer Friedhof gefunden hat, alle Spuren der Vernichtung oder der Verwahrlosung sofort beseitigt werden, um den Friedhöfen wieder ein würdiges Aussehen zu verschaffen. Ich ersuche deshalb alle Gemeinden anzuweisen, diese Anordnung unverzüglich zur Durchführung zu bringen.“ Regierungspräsident Aachen an Oberkreisdirektor in Steinfeld vom 10. Juli 1946, betrifft Instandhaltung jüdischer Friedhöfe.

42 StA SLE, Gemünd 87-9: Instandsetzung und Unterhaltung des jüdischen Friedhofes und des Soldatenfriedhofes 1945 – 1962.

43 „Der Regierungspräsident an die Stadt und Kreisverwaltungen des Bezirks. Für die Instandsetzung und Pflege von jüdischen Friedhöfen, auf denen keine Beerdigungen mehr vorgenommen werden, und die als geschlossene Friedhöfe anzusehen sind, ist grundsätzlich die politische Gemeinde zuständig, in welcher der Friedhof liegt. Eine Erstattung der entstandenen und entstehenden Kosten für Unterhaltung der Pflege durch die jüdischen Gemeinden oder durch das Land kann zur Zeit nicht erfolgen.“ StA SLE, Gemünd 87-9: Instandsetzung und Unterhaltung des jüdischen Friedhofes und des Soldatenfriedhofes 1945 – 1962.

me Zeit die Kosten der Pflege.⁴⁴ Gemäß einer zwischen der Bundesregierung und den Ländern sowie dem Zentralrat der Juden in Deutschland getroffenen Vereinbarung über die künftige Betreuung der verwaisten jüdischen Friedhöfe in der Bundesrepublik hatte der Kultusminister NRW beschlossen, die Durchführung der Aufgabe, „die auf der moralischen Wiedergutmachungspflicht gegenüber dem Judentum beruht“, den Kommunen zu übertragen.

Für diese Aufgabe sollten die Kommunen jährlich 25 Pfennige je Quadratmeter für die Pflege der Friedhöfe bekommen.⁴⁵ In Einzelfällen sollten auch künftig noch Beisetzungen auf den geschlossenen Friedhöfen möglich sein, sofern keine allgemeinen bedeutenden Gründe dagegensprachen. Die Stadt Gemünd sollte 300 DM jährlich an Zuschuss für die Pflege des jüdischen Friedhofs erhalten. Regierungspräsident Schmitt-Degenhardt gab der Stadt im Detail vor, welche Maßnahmen erforderlich seien.⁴⁶

Die Bahn verfolgte Anfang der 1950er Jahre das Ziel, einen direkt vor dem Friedhof einmündenden Bahnübergang am Kilometer 5,725 der Strecke Kall-Hellenthal zu schließen. Ansprechpartner war inzwischen die Jewish Trust Corporation for Germany, Mülheim-Ruhr, Friedrichstraße 62. Der Jewish Trust, Regional Office Rhine, teilte der Stadt Gemünd am 3. November 1952 mit, dass wegen der Rückübertragung des Gemünder Friedhofs ein mutmaßlich erfolgreicher Rückerstattungsantrag an den Allgemeinen Organisationsausschuss Celle anhängig sei. Gegen die Verlegung des Zugangs zum Friedhof habe der Trust keine Einwände.⁴⁷ Monate später übernahm zunächst die Jüdische Gemeinde Düsseldorf das Friedhofsgrundstück vom Jewish Trust.⁴⁸ Die Stadt Schleiden plante Ende der 1970er Jahre ein neues Gewerbegebiet südlich der Bahngleise vom Bahnhof Gemünd in Richtung Mael. Dafür war der Bau einer Erschließungsstraße erforderlich, und die Stadtverwaltung teilte dazu dem Rat am 27. Juni 1978 mit, dass zur

44 Jüdische Gemeinde Aachen, Theaterplatz 2, Telefon 31690 an den Herrn Stadtdirektor Gemünd vom 17.9.1954. StA SLE, Gemünd 87-9: Instandsetzung und Unterhaltung des jüdischen Friedhofes und des Soldatenfriedhofes 1945 – 1962.

45 Regierungspräsident an Oberkreisdirektoren v. 4. Okt. 1958, Instandsetzung und Instandhaltung der verwaisten jüdischen Friedhöfe im Regierungsbezirk Aachen in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

46 Ebd.

47 StA SLE, Gemünd 87-9: Instandsetzung und Unterhaltung des jüdischen Friedhofes und des Soldatenfriedhofes 1945 – 1962.

48 Mitteilung Kreisoberinspektor Stoffels an Stadt Gemünd zum Übergang des Judenfriedhofs vom Jewish Trust an den Landesverband der jüdischen Kultusgemeinden in Düsseldorf v. 27.04.1959. In StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977. Das Amtsgericht Gemünd überlieferte der Stadtverwaltung eine undatierte Auflisten von sieben Judenfriedhöfen im Kreisgebiet Schleiden, die an den Landesverband der jüdischen Gemeinden Nordrhein übergegangen waren: Reifferscheid-Judenberg, Mechernich-Steinrutsch, Kall-Loshardt, Bleibuir, Hellenthal-Zengelsberg und Gemünd. Nicht dabei war der Schleidener Judenfriedhof. Liste in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

Realisierung des Vorhabens ein Teilstück des Judenfriedhofs genutzt werden müsse. Der Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden Nordrhein habe dazu die Erlaubnis erteilt.⁴⁹ 1983 konkretisierte sich das Vorhaben, was im Stadtrat einige erregte Debatten auslöste, weil für

den Straßenbau sechs Gräber exhumiert werden mussten.⁵⁰ 1988 schlug die städtische ‚Arbeitsgruppe Denkmalliste‘ den Judenfriedhof in Gemünd zur Aufnahme in die Denkmalliste vor. Auch die Mauerreste der ehemaligen Synagoge am Kreuzberg 12 wurden unter Schutz gestellt.⁵¹

ERINNERUNGSTAFEL AM EHEMALIGEN SYNAGOGENSTANDORT

Ende der 1960er Jahre regte der Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden von Nordrhein die Errichtung eines Gedenksteins für die im Holocaust ermordeten Mitglieder der ehemaligen Jüdischen Gemeinde Gemünds auf dem Friedhof an. Im Schriftverkehr der Stadt las sich das so: „Der Landesverband Nordrhein würde es sehr begrüßen, wenn auf dem jüdischen Friedhof in Gemünd-Eifel ein Gedenkstein für die im letzten Kriege umgekommenen Angehörigen der jüdischen Kultusgemeinde errichtet würde.“ Der Gedenkstein aus Granit sollte in den Maßen 1,50 m Höhe und 80 cm Breite errichtet werden.⁵² Der

Gemünder Hauptausschuss befürwortete einstimmig auf Antrag des Stadtverordneten Krupp die Gründung eines Arbeitsausschusses aus der Bürgerschaft, der die erforderlichen 1.800 DM an Spenden sammeln sollte.⁵³ Über die geeignete Form des Gedenkens gab es in dem Arbeitsausschuss allerdings sehr unterschiedliche Ansichten; man vertagte sich und das Thema versandete bis nach der Gebietsreform 1972, als die heutige Stadt Schleiden mit 18 Orten neu entstand.⁵⁴ Die Gebietsreform machte einige Straßenumbenennungen erforderlich. Unter anderem wurde die Straße ‚Mühlenberg‘ in Gemünd, an der die ehemalige Syna-

goge gestanden hatte, in ‚Am Kreuzberg‘ umbenannt. Mitte der 1970er Jahre beantragte ein Bürger die nochmalige Umbenennung der Straße ‚Am Kreuzberg‘ in ‚Synagogenstraße‘. Das lehnte Stadtdirektor Paul Knebel letztlich ab, weil den Anwohnern so kurz nach der bereits erfolgten Änderung keine weitere Umbenennung zuzumuten sei.⁵⁵

Darüber hinaus beantragte der Bürger die Anbringung einer Gedenktafel an dem mit ‚Kreuzberg‘ bezeichneten Platz. Dort sollte in angemessener Weise an die „Zerstörung der Synagoge durch Brandstiftung“ erinnert werden. Die Begründung las sich auch aus heutiger Sicht durchaus modern: „Das bis zum Jahre 1938 existente jüdische Gotteshaus in dem Stadtgebiet gehört zur Kultur- und Heimatgeschichte, die der Nachwelt lückenlos und anschaulich erhalten werden muss. Durch den Hinweis auf die organisierte Brandstiftung in der Nacht zum 10. November 1938 würde der jetzigen und den kommenden Generationen ein Mahnmal errichtet für Achtung, Toleranz und Gerech-

tigkeit. Unserer Jugend muss aufgezeigt werden, zu welchen Auswüchsen politischer Fanatismus auch in unserer Heimat fähig war.“⁵⁶ Der Rat beschloss jedoch, die Änderung erst im Zusammenhang mit der damals geplanten Sanierung des Gebietes durchzuführen. Danach geriet der Antrag vorerst in Vergessenheit.

Der Antragsteller wandte sich wegen des Gedenksteins mehrfach auch an den damaligen Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Alexander Ginsburg (Köln).⁵⁷ Ginsburg appellierte persönlich mit Schreiben vom 7. Dezember 1976 an Bürgermeister Dr. Hermesdorf. Er führte aus, es werde „sowohl aus dem In- wie auch aus dem Ausland angefragt, wie weit die Vorbereitungen in Verbindung mit der geplanten Straßenumbenennung beziehungsweise Gedenktafel für die während der sogenannten Kristallnacht zerstörten Synagoge gediehen sind“. Diese Intervention führte womöglich zu einem Teil-Einlenken der Stadtspitze, allerdings in Form einer Erinnerungstafel nahe beim ehemaligen Synagogenstandort. Bürger-

49 Ratsprotokoll Schleiden v. 27.06.1978, in StA SLE.

50 Bei drei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen stimmte der Stadtrat dem Vorhaben mehrheitlich zu. Franz-Albert Heinen: Judenfriedhof weicht der Straße, in KStA v. 19./20. November 1983.

51 Stadtrat Schleiden, Protokoll v. 12.12.1989.

52 Stadt Gemünd, Gemünd-Eifel, den 27. März 1969. Betr.: Jüdischer Friedhof in Gemünd-Eifel. 1.) Vermerk. in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

53 Stadtarchiv Schleiden, Gemünd, 02-33, Niederschrift über die Sitzungen des Hauptausschusses 1967-1970, Sitzung vom 3. Juli 1969. Jüdischer Friedhof Gemünd; hier: Errichtung eines Gedenksteines.

54 Stadt Gemünd-Eifel | Abt. II. Gemünd-Eifel, den 16. Juli 1969. Errichtung eines Gedenksteines auf dem jüdischen Friedhof in Gemünd; hier: Besprechung mit den örtlichen Organisationen in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

55 2024 griff der Bürger-Arbeitskreis Gedenken die Idee einer Umbenennung der Straße ‚Am Kreuzberg‘ auf und beantragte bei der Stadt die Umbenennung in ‚An der Synagoge‘. Der Stadtrat beschloss darauf zunächst eine Anhörung der Anwohner und sagte bereits im Vorfeld zu, dass den Bürgern dadurch keine Kosten für die Neuausstellung von Ausweisen durch die Stadt entstehen würden. Die Bürgeranhörung, zu der auch einige Ratsvertreter kamen, fand am 13. August 2024 im Café des Hilfszentrums in Gemünd statt. Im Ergebnis sprach sich eine große Mehrheit gegen die Änderung aus (2 Enthaltungen, 2 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen). Der Rat beschloss angesichts des Anhörungs-Ergebnisses am 26. September 2024, die Straßenumbenennung nicht weiter zu verfolgen. Vgl. Vorlage WP 11/2024/670-1 zur Stadtratssitzung vom 26.09.2024, Tagesordnungspunkt 6: Optimierung des Gedenkens des jüdischen Lebens in Gemünd. Zudem: Wolfgang Kirfel: Große Mehrheit stimmt gegen „An der Synagoge“, in KR v. 04.10.2024.

56 Vgl. den Antrag in StA SLE Nr. 1164: Straßennamen, Hausnummern, jüd. Gedenktafel in Gemünd mit Schriftverkehr 1973-1978.

57 Alexander Ginsburg, von 1960 bis 1988 ehrenamtliches Vorstandsmitglied der Synagogen-Gemeinde Köln, von 1973 bis 1988 hauptamtlicher Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland. Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Ginsburg_\(Generalsekret%C3%A4r\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Ginsburg_(Generalsekret%C3%A4r)), zuletzt eingesehen durch den Autor am 29.01.2024.

meister Hermesdorf befürwortete nun die Anbringung der Tafel im Stadtrat.⁵⁸ Wenige Monate später befasste sich der städtische Bau- und Vergabeausschuss mit dem Vorhaben und hielt im Protokoll fest: „Der Bau- und Vergabeausschuss kommt bei der Ortsbesichtigung zu dem Ergebnis, dass der geeignete Standort für die angeregte Gedenktafel auf dem Grundstück Wolf ist - Nachbargrundstück der ehemaligen Synagoge Gemünd-. Die Gedenktafel sollte dann an der Grenze zu dem früheren Synagogengrundstück unmittelbar an der Einfriedungsmauer aufgestellt werden. [...] Weiter ist mit der jüdischen Gemeinde endgültige Abstimmung über die Gestaltung der Gedenktafel noch zu treffen.“⁵⁹ Angebracht wurde die Gedenktafel im September 1979, was die Stadt im Mitteilungsblatt jedoch erst im Dezember 1979 öffentlich machte.⁶⁰ Schon im November 1979 hatte sich die Kölnische Rundschau darüber gewundert, dass die Tafel sehr unauffällig angebracht wurde: „In der Mühlengasse hängt seit kurzem eine Gedenktafel, die an die Zerstörung der jüdischen Synagoge erinnert, die einmal in dieser Straße gestanden hat. Beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit hat die Stadt Schleiden die Metallplatte an der grauen Begrenzungsmauer eines Grundstückes der Mühlengasse anbringen lassen.“ Der damals mit der Jüdischen Gemeinde abgestimmte Text auf der Tafel war – aus heutiger Sicht – jedoch noch

sehr vom Zeitgeist geprägt: „Zum ehren-den Gedenken an die jüdischen Bürger unserer Stadt, die in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ihr Leben verloren haben. Ihre Synagoge stand an dieser Stelle und wurde am 9. November 1938 zerstört.“⁶¹

Beim Gedenkgang am 10. November 2024 enthüllte Bürgermeister Ingo Pfenning an der weiter fortbestehenden alten Tafel eine Ergänzung mit folgendem Wortlaut: „Ergänzender Hinweis. Die nebenstehende Gedenktafel aus dem Jahre 1979 war die erste Form der öffentlichen Erinnerung der Stadt Schleiden an die Ermordung jüdischer Bürger und die Zerstörung ihrer Synagoge in der Zeit des Nationalsozialismus. Der Text der Tafel war mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein abgestimmt. Aus heutiger Sicht wird deutlich, wie sehr sich die Verfasser damals - 35 Jahre nach dem Holocaust - noch scheuten, der Vergangenheit ins Auge zu sehen und das Geschehene beim Namen zu nennen: Die jüdischen Bürgerinnen und Bürger hatten nicht „ihr Leben verloren“, sondern sie waren ermordet worden. Auch wegen der größeren zeitlichen Distanz zu den Ereignissen fällt es uns heute leichter darauf hinzuweisen, dass neben auswärtigen Tätern Bewohner der Stadt an den Übergriffen gegen die jüdische Bevölkerung beteiligt waren. Die gegen-



Bürgermeister Ingo Pfenning bei der Enthüllung der erklärenden Zusatztafel an der Gedenktafel für die ermordeten Gemünder Juden und die Zerstörung der Synagoge an der Straße „Am Kreuzberg“. (Foto: F.A. Heinen)

über dem heutigen Denkmal stehende Synagoge wurde in der Nacht vom 9./10. November 1938 durch Brandstiftung zerstört. Daran und an der folgenden Zerstörung jüdischer Geschäfte beteiligten sich auch ortsansässige Nationalsozialisten. Der alte Tafeltext bezieht sich ausschließlich auf die Opferrolle der Juden. Inzwischen steht uns jedoch deutlich vor Augen, welcher menschliche, kulturelle und religiöse Reichtum uns heute fehlt,

nachdem er durch den Holocaust vernichtet wurde. Wir sind uns heute mehr denn je der Verletzlichkeit von Menschenrechten und Demokratie bewusst. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, für diese Werte einzustehen. Die Erinnerung an das Schicksal der Gemünder jüdischen Männer, Frauen und Kinder soll uns ermutigen, die richtigen Schlüsse für unser Handeln zu ziehen. Rat der Stadt Schleiden 2024“.⁶²

58 Schreiben Hermesdorf v. 14. Januar 1977 an den Antragsteller aus Gemünd, in StA SLE Nr. 1164: Straßennamen, Hausnummern, Jüd. Gedenktafel in Gemünd mit Schriftverkehr 1973-1978.

59 Protokoll der Ortsbesichtigung und Beratung im Bau und Vergabeausschuss der Stadt Schleiden vom 2. März 1977, in: StA SLE, Hauptausschuss, Fachausschüsse, Kuratorien 1972 – 1978, Az.: 022-32 bis 35 (Protokolle).

60 Vgl. Mitteilungsblatt v. 07. Dezember 1979.

62 Den Text hatte der Bürger-Arbeitskreis Gedenken in Absprache mit dem Bürgermeister verfasst, der zeitgleich bei der Errichtung des neuen Mahnmals in Schleiden mit der Bürgerstiftung Schleiden kooperierte. Vgl. Vorlage WP 11/2024/670-1 zur Stadtratssitzung vom 26.09.2024, Tagesordnungspunkt 6: Optimierung des Gedenkens des jüdischen Lebens in Gemünd.

SCHLEIDEN

In Schleiden lebten deutlich weniger Juden als am Synagogenstandort im Nachbarstädtchen. Ihr inzwischen längst geschlossener Friedhof liegt am Kapellenweg in der Nähe des dortigen Pest-Kapellchens und ist 2309 m² groß. Den Weg dorthin finden nur wenige Besucher. Per Erlass des Oberpräsidenten vom 29. Juni 1946⁶³ war auch die Stadt Schleiden angehalten, den Friedhof sofort in Ordnung zu bringen. Darauf reagierte die Verwaltung zurückhaltend. In einer Ecke des Friedhofs war ein schwerer Bunker gebaut worden, Schützengräben durchzogen das Gräberfeld. Auch vor dem Krieg sei der Friedhof nie gepflegt worden, argumentierte die Verwaltung. Im Herbst werde die Stadt aber mit der Pflege beginnen.⁶⁴ Nachhaltig scheinen die Bemühungen nicht gewesen zu sein, denn 1949 monierte die jüdische Gemeinde Aachen nach einer Ortsbesichtigung, dass sich der Friedhof „in denkbar unwürdigem Zustand“ befinde. Da gab es umgeworfene Grabsteine, Schutthaufen und Dreck, aber keine Einfriedung.⁶⁵ Im

Dezember war der Missstand behoben. Als mit Verfügung vom 3.11.1951 (Az. I/7 B – Mtz/Gehl.) die jüdischen Friedhöfe im Kreisgebiet Schleiden als ‚geschlossen‘ erklärt wurden, fiel gemäß Erlass vom 20. Juni 1949 die Erhaltungspflicht den Kommunen zu. Dagegen argumentierte Oberkreisdirektor Dr. Felix Gerhardus am 28.12.1951 gegenüber dem Regierungspräsidenten mit dem wenig sensiblen Hinweis, dass die Pflege geschlossener Friedhöfe dem Eigentümer obliege.⁶⁶ Die Stadtverwaltung begründete noch am 8. Oktober 1953 ihre Nicht-Zuständigkeit für die Pflege mit dem Argument, dass gemäß Beschluss des Landgerichts Aachen⁶⁷ der jüdische Friedhof auf den Jewish Trust überschrieben worden sei. Daher sei die Pflege Sache der jüdischen Gemeinde Aachen. Die Stadt bat um einen Hinweis, an wen sie die Rechnung für die Pflege schicken sollte.⁶⁸ Im Herbst 1956 bemühte sich das Kultusministerium NRW um die erstmalige Grundinstandsetzung aller jüdischen Friedhöfe und bat im Vorfeld die Kommunen um eine Beschreibung

des Sachstands.⁶⁹ Regierungspräsident Hubert Schmitt-Degenhardt erinnerte den OKD vertraulich an die gebotene Sensibilität bei dem Thema: „Ich bitte daher dafür zu sorgen, dass insbesondere bei Schändungen jüdischer Gräber die betreffenden Städte und Gemeinden unverzüglich mit eigenen Mitteln und Kräften die aufgetretenen Schäden beseitigen. Sollten ausnahmsweise die erforderlichen Ausgaben die Leistungskraft der Gemeinde übersteigen, so bitte ich, mir alsbald hierüber zu berichten und die erforderlichen Mittel zu veranschlagen.“⁷⁰ Doch noch 1957 bestand beim Judenfriedhof am Ruppenberg ein grundlegender Sanierungsbedarf in Höhe von 3.430 DM.⁷¹ Am 6. Okt. 1958 stellte der RP Aachen gegenüber dem OKD in Schleiden klar, dass künftig die Kommunen für die Pflege der geschlossenen jüdischen Friedhöfe zuständig seien. Zu der Zeit fiel die Bewertung des Friedhofs in Schleiden gemäß einer von der Bezirksregierung veranlassenen Ortsbesichtigung allerdings nochmals vernichtend aus: „Der Friedhof macht einen völlig verwahrlosten Eindruck.“⁷² 1958



Teilansicht des Judenfriedhofs in Schleiden in steiler Hanglage. (F.A. Heinen)

gab es für die Grundinstandsetzung einen Landeszuschuss von 890 DM. Die Mehrkosten von 75 DM übernahm die Stadt.⁷³

63 Weiterleitung durch Regierungspräsident, i.A. Dr. Meuter, an OKD in Steinfeld v. 10. Juli 1946, in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

64 Stadt Schleiden an OKD in Steinfeld, 14.9.1945, in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

65 Kreisverwaltung Schleiden, Stoffels, an Stadtverwaltung Schleiden v. 6.9.1949, in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

66 OKD Dr. Gerhardus an Regierungspräsident v. 28.12.1951, in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

67 Wiedergutmachungsamt, Schreiben v. 21. März 1952 — Ru T 405/51 I.

68 Stadtdirektor Schleiden an Kreis-Kommunalaufsicht v. 6. Oktober 1953, in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

69 Kultusminister NRW an Regierungspräsidenten v. 26. Oktober 1956, in StA SLE, AZ.: 973-25: Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

70 Schmitt-Degenhardt an Oberkreisdirektor v. 22. Oktober 1956, in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

71 Gemeindetag Nord-Rhein, Bad Godesberg, an alle Mitgliedsgemeinden v. 12.10.1956, in StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

72 Regierungspräsident Aachen an OKR v. 6. Okt. 1958 betr. Instandsetzung der verwaisten jüdischen Friedhöfe. StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

73 StA SLE, AZ.: 973-25 Israelitische Friedhöfe in Schleiden und Gemünd. Allgemeiner Schriftverkehr 1949 – 1977.

NAMENSSTEIN AM JUDENFRIEDHOF

Bereits bei einer gemeinsamen Ortsbesichtigung der Stadt mit einem Vertreter des Landesverbands der jüdischen Kultusgemeinden am 9. Juni 1969⁷⁴ regte der Besucher aus Düsseldorf an, einen Gedenkstein aus Granit vor dem Friedhofseingang aufzustellen. Die Beschriftung wollte der Landesverband beisteuern.⁷⁵ Das Vorhaben wurde jedoch vom Stadtrat zunächst vertagt, weil im Haushalt keine Mittel dafür bereitstanden.⁷⁶ Das Warten dauerte lange: Erst 1988 wurde auf dem Friedhof eine Stele mit Namen von örtlichen Holocaust-Op-

fern errichtet.⁷⁷ Insbesondere Karl Guthausen bemühte sich damals darum, im Kontakt mit Überlebenden festzustellen, welche Namen auf der Stele erwähnt werden sollten. Weitere Daten erhob er insbesondere im Stadtarchiv. Allerdings war die Namensliste damals umstritten, weil angeblich nicht alle Opfer erwähnt waren.

Enthüllt wurde die Stele zum 50. Jahrestag der Pogromnacht, in der auch die Geschäfte von Schleidener Juden verwüstet worden waren. Bei der feierlichen Enthüllung am Buß- und Betttag 1988 hielt Alois



1992 besuchten auf Einladung der Stadt erstmals wieder ehemalige jüdische Bürger bzw. deren Nachfahren Schleiden und Gemünd. Das Bild zeigt sie an der Namenstafel am Judenfriedhof Schleiden. (Foto: F.A. Heinen)

74 Ebd., Stadt Schleiden, 9.6.1969, der Stadtdirektor, Aktenvermerk.

75 Ebd.

76 Ebd., Protokoll Stadtratssitzung, 09.07.1969.

77 Hinweis auf die neue Tafel auch im Mitteilungsblatt der Stadt Schleiden v. 02. Dezember 1988. Seit dem Jahr steht der Friedhof auch unter Denkmalschutz.

Sommer vor zahlreichen Teilnehmern am Ruppenberg eine bewegende Ansprache.

Er thematisierte das lange Schweigen der Generation, die es erlebt hatte: „Manches ist vom Mantel des Schweigens verdeckt bis heute; über so manche Erinnerung wird nicht gesprochen. Seit dem 10. Mai 1941 gibt es in Schleiden keine Juden mehr.“ Das „dunkelste und abgründigste Geschehen der deutschen Vergangenheit hat auch in Schleiden seine Spuren“. 50

Jahre nach der Pogromnacht, dem „organisierten Ausbruch des Hasses“ erinnere der Namensstein nun an die ermordeten Schleidener Juden, die nicht auf diesem Friedhof ruhen. Der Gedenkstein sei „Stein des Anstoßes, des geistigen Anstoßes“, der die ermordeten jüdischen Bürger aus ihrer Anonymität heraushole und sie zu einem bewussten Teil der Geschichte dieser Stadt mache.⁷⁸ Diese Ansprache könnte man auch heute noch so stehen lassen.⁷⁹

DER SCHWIERIGE WEG ZUR VERSÖHNUNG

Durch Karl Guthausens Recherchen waren Kontakte zu überlebenden Juden entstanden, die 1992 in den nach 1945 erstmaligen Besuch von ehemals im Stadtgebiet lebenden Juden mit ihren Ehepartnern mündeten. Die meisten waren nur durch glückliche Fügungen dem Tod im Holocaust entronnen. So kam die siebenköpfige Besuchergruppe zum Besuch ins Land der Täter. Ein halbes Jahrhundert nach der Verfolgung versuchte die Stadt – nun mit spürbarem Engagement –, mit den wenigen Überlebenden ins Gespräch zu kommen. Oder, wie Alois Sommer es damals formulierte,

„in ihren Augen zu sehen, ob Versöhnung möglich sei“. Die Stadt hatte ein eng getaktetes Programm zusammengestellt, das zunächst Besuche an den beiden Judenfriedhöfen in Gemünd und Schleiden sowie einen Gang an den ehemaligen Synagogenstandort vorsah.

Anschließend hatten Schüler aller weiterbildender Schulen die Gelegenheit, im Städtischen Gymnasium Fragen an die Überlebenden zu stellen. Dabei schilderten die Besucher ihre Lebensgeschichten. Weiter wollten die Schüler erfahren, ob sich die Gäste vorstellen könnten, wieder

78 Sommer verlas die auf dem Stein erwähnten Namen: Albert Haas, geb. am 5. März 1877; Nanny Haas, geb. am 6. Dezember 1891; Rolf Haas, geb. am 2. Januar 1922; Josef Haas, geb. am 19. März 1882; Else Haas, geb. am 28. Februar 1898; Doris Haas, geb. am 10. März 1922; Edith Haas, geb. am 20. Mai 1927; Julie Haas, geb. am 1. Dezember 1878; Martin Haas, geb. am 10. Juni 1883; Jenny Rosenbaum, geb. am 14. März 1887; Ernst Rosenbaum, geb. am 5. November 1896; Emilie Rosenbaum, geb. am 24. Juli 1898 und Ester Bergstein, geb. am 18. Februar 1904.

79 Ansprache Bürgermeister Alois Sommer zur Einweihung des Gedenksteins auf dem jüdischen Friedhof am Buß- und Betttag 1988, in StA SLE Az. 875- 25: Das Schicksal der Schleidener Juden in der Nazizeit (Neuer Gedenkstein auf den jüdischen Friedhof in Schleiden). Recherchen von Heimatforscher Karl Guthausen.



Oben: Gespräch ehemaliger Juden aus dem Stadtgebiet 1992 in Gemünd.
Unten: Feierlicher Empfang der jüdischen Besucher 1992 in der Aula des damaligen Städtischen Gymnasiums. (Foto: F.A. Heinen)



in ihrer alten Heimat zu leben. Alle bestätigten, dass sie sich sehr auf den Besuch gefreut hätten, aber niemand, auch nicht die gebürtige Gemünderin Hanna Miley, die später regelmäßig für Monate mit ihrem Mann George die Sommer in der Region verbrachte, konnte sich 1992 eine dauerhafte Rückkehr vorstellen. Die Schüler erfuhren, dass es auch im Nationalsozialismus Helfer gegeben habe, aber eben auch die anderen, die bei der Verfolgung mitmachten. Eine Besucherin berichtete, dass ihr am Vortag eine ehemalige BDM-Führerin über den Weg gelaufen sei, die recht freundlich getan habe. Aber ein Gespräch sei nicht zustande gekommen. Den Schülern gegenüber betonte der damals in New York lebende Erich Herz: „Ich möchte die neue Jugend herzlich grüßen.“ Gisela Fobar, deren Eltern in Gemünd ein Hutgeschäft geführt hatten, gab an, „wunderbare Freunde“ gefunden zu haben. Alois Sommer konstatierte am Ende, dass dies die wohl interessanteste Geschichtsstunde gewesen sei, die es an der Schule je gegeben habe. Der offizielle Festakt fand später im Haus des Gastes statt. Am folgenden Tag gab es auf Einladung der christlichen Kirchen ein interkonfessionelles Frühstück.⁸⁰

Bei diesem ersten Besuch, dem später weitere folgten, kam es auch zu durchaus herzlichen Begegnungen von früheren Freunden und guten Nachbarn, es bildeten sich auch neue Freundschaften, die bis zum Tod der Beteiligten anhielten. Der Besuch von 1992 legte ein solides Fundament für eine Wiederannäherung, die letztlich in die Schirmherrschaft Hanna



Das Clara-Fey-Gymnasium Schleiden konnte 1995 den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, (im Bild vorne rechts mit Schulleiter Volker Schwinn,) begrüßen. (Bild oben)
Die als Susi Fernbach geborene Israelin Susi Friedmann kehrte 1994 im Alter von 69 Jahren mit ihrem Ehemann Bernhard und einer Tochter zu einem Besuch nach Schleiden zurück. (Fotos: F.A. Heinen)



⁸⁰ Franz Albert Heinen: *Dunkles Kapitel der Geschichte wird aufgearbeitet*, in *Kölner Stadt-Anzeiger*, Ausgabe Eifel, vom 30./31. Mai 1992.

Mileys für das 800-jährige Jubiläum Gemünd einmündete.

Im Sommer 1994 kam die in Schleiden als Susi Fernbach geborene Israelin Susi Friedmann im Alter von 69 Jahren mit ihrem Ehemann Bernhard und einer Tochter zu Besuch in die Stadt.⁸¹ Die Gäste wurden in vielen Häusern gern gesehene Gäste, und bald bildeten sich wiederum

zahllose Freundschaften. Auch die Schulen engagierten sich weiter vielfältig. So konnte das Clara-Fey-Gymnasium (CFG) im November 1995 den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, in Schleiden begrüßen. Der Gast war in die Eifel gekommen, um mit den Schülern über Antisemitismus, den jüdischen Glauben und über Israel zu diskutieren.⁸²

STOLPERSTEINE

Die Gemünder Buchhändlerin Hanna Wachtel beantragte 2009 die Verlegung sogenannter Stolpersteine⁸³ in der Gemünder Innenstadt. Dabei berief sie sich auf eine Befürwortung der damaligen Arbeitsgruppe ‚Attraktivierung Innenstadt Gemünd‘.⁸⁴ Richtig Fahrt nahm das Vorhaben jedoch erst auf, als sich im Januar 2012 ein Arbeitskreis gründete, der u.a. durch die Verlegung von Stolpersteinen die Erinnerung an die ehemaligen Gemünder Juden lebendig halten wollte. In der Gruppe wirkten Vertreter der beiden christlichen Kirchen mit, die Realschule

Schleiden und das damalige Städtische Gymnasium Schleiden (SGS), Vereine von Gemünd, die Stadt Schleiden und verschiedene Einzelpersonen. Die Leitung übernahm Georg Toporowsky. Die ersten Stolpersteine wurden 2013 im Rahmen der 800-Jahrfeier Gemünds verlegt.⁸⁵ Schirmherrin der Feier war Hanna Miley, die unter ihrem Mädchennamen Zack als jüdisches Kind in Gemünd gelebt hatte und 1939 siebenjährig mit einem Kindertransport nach England gerettet wurde. Sie hielt beim Festakt eine bewegende Rede. Bei insgesamt vier Stolpersteinak-

tionen in Gemünd wurden bis 2016 insgesamt 43 Stolpersteine verlegt. Schüler übernahmen dabei jeweils bedeutende Rollen. Sie hatten sich vorher intensiv mit dem Schicksal der hiesigen Juden befasst. Am Städtischen Gymnasium Schleiden (heutiges JSG Schleiden) drehten Projektursschüler auch einen Kurzfilm „Gegen das Vergessen“ mit Hanna Miley und weiteren Zeitzeugen. Im Zusammenhang mit der Stolperstein-Arbeit fanden sich in einem Nachlass neun Briefe der im Exil in Brasilien lebenden Helene Kaufmann an ihre ehemalige Nachbarin Hedwig Knott in Gemünd. Die Schreiben aus den Jahren von 1953 bis 1960 zeigen, dass es immerhin auf privater Ebene durchaus auch nach dem Krieg wieder Verbindungen mit Überlebenden gab. Auch einige Besuche in der alten Heimat wurden beschrieben. Helene Kaufmann, deren Sohn Richard mitsamt seiner Familie in Auschwitz ermordet wurde, resümiert dennoch fast versöhnlich: „Vergeben[,] aber nicht vergessen, das[s] kann man nicht, auch wenn man 100 Jahre alt würde.“⁸⁶ Durch den Fund dieser Briefe ergab sich ein neuer Kontakt zu den Enkeln von Helene Kaufmann. Da drei Kaufmann-Söhne ehemalige Schüler der Oberschule Schleiden waren, wurde ihr Schicksal 2016 von Schülern in der Festschrift zum Schuljubiläum

dargestellt und drei der neun Briefe veröffentlicht.

Auch in Mauel setzte Demnig einen Stolperstein. Es spricht für den federführenden Arbeitskreis, dass auch nicht-jüdische Opfer einbezogen wurden. So wurde in Wolfgarten ein Stolperstein für Karl Bonaszewski verlegt, der nach erster Verfolgung in Köln-Ehrenfeld vor den Häschern des Regimes in die Eifel ausgewichen war. Er wurde nach der Verbüßung einer Haftstrafe wegen angeblicher Homosexualität von der Gestapo in verschiedene Konzentrationslager gesperrt und kam dabei um. In Morsbach 62 wurde ein Stolperstein für Maria Daniel verlegt, die 1941 im Rahmen nationalsozialistischer Patientenmorde in Hadamar getötet wurde.

Offenkundig lebten in Olef und in Oberhausen ebenfalls Juden, die im Holocaust ermordet wurden. Es sind jedoch noch vertiefende Forschungen nötig, um den Sachverhalt weiter zu klären. In den genannten beiden Orten sind demnächst Stolpersteinverlegungen geplant. Das gilt auch für den Ort Schleiden, wo ebenfalls noch Nachholbedarf besteht.⁸⁷ Die nachfolgende Liste zeigt, für welche Opfer bis zur Denkmalenthüllung 2025 Stolpersteine verlegt worden waren.

⁸¹ Franz Albert Heinen: *Vor der Schule randalierte der Mob*, in *KStA, Ausgabe Eifel* v. 18.08.1994.

⁸² Franz Albert Heinen: *Bubis: Antisemitismus in der Kirche beklagt*, in *KStA, Ausgabe Eifel* v. 17. November 1995.

⁸³ *Stolpersteine sind Pflastersteine mit einer glänzenden Messingplatte, die vor dem letzten Haus in das Straßenpflaster eingelassen werden, in dem ein Opfer des Nationalismus zuletzt selbstgestimmt seinen Wohnsitz hatte. Auf den eher unscheinbaren Messingplatten sind u.a. Namen, Geburtsjahr sowie das Tötungsdatum und Ort eingraviert. Es sind nach einem vielzitierten Hinweis des Künstlers Gunter Demnig „Denkmale, über die man mit dem Kopf stolpert“.* Demnig hat seit Mitte der 1990er Jahre weltweit mehr als 100.000 solch kleiner Denkmale verlegt.

⁸⁴ Ratsprotokoll v. 08.12.2011.

⁸⁵ *Der Text zu den Stolpersteinen in Gemünd orientiert sich an einer Darstellung von Norbert Stoffers in den Jahresheften des Geschichtsforums Schleiden 2018 (S. 107 – 115) und 2019 (S. 162 – 181) zu „Jüdisches Leben im Schleidener Tal“ bzw. „Das Schicksal jüdischer Mitbürger im Schleidener Tal während des Nationalsozialismus“.*

⁸⁶ Brief von Helene und Erich Kaufmann vom 12.03.1955, in *Archiv Geschichtsforum Schleiden e.V., Archiv* (Nr. 1042 a u. b), Transkription: Dr. Toni Offermann, veröffentlicht in der Festschrift „Vielfalt feiern- 150 Jahre SGS“, Festschrift zum 150-jährigen Bestehen des Städtischen Gymnasiums Schleiden, Schleiden 2016, S. 126f.

⁸⁷ *Eine Kooperation mit der WDR-Stolperstein-App macht die Stolpersteine in NRW und Berlin seit 2021 per App zugänglich. Seit 2022 ergänzen auch Schüler des JSG diese App mit Recherchen und Graphic Novels zu ihren ehemaligen jüdischen Mitschülern.*



GEMÜND

(Vorname, Nachname, Geburtsdatum, Deportation, Tod, Adresse Gemünd)

Hedwig Brück, 17.05.1892 Gemünd-Maue; Tochter von Alois Brück und Eleonore Löwenthal, 19.02.1943 deportiert von Berlin nach Auschwitz und getötet; (Tod 1953 beim Standesamt Berlin bezeugt); Maue Str. 8

Josef Haas, 19.03.1882 Schleiden, Vater von Doris und Edith Haas, Ehemann von Else Haas; Zwangsarbeit im Arbeitslager Bardenberg/Würselen, 20.07.1942 Deportation nach Minsk, Tod im Vernichtungslager Maly Trostinez bei Minsk; Dreiborner Straße 13

Else Haas, geb.: Meyer, 28.02.1898 Gemünd, Schwester von Isidor Meyer, Mutter von Doris und Edith Haas; Ehefrau von Josef Haas; Zwangsarbeit im Arbeitslager Nieder-Bardenberg; 20.07.1942 Deportation zusammen mit der gesamten Familie von Köln aus nach Minsk, Tod im Vernichtungslager Maly Trostinez bei Minsk; Dreiborner Straße 13

Doris Haas, 10.03.1922 Gemünd, erste Tochter von Josef und Else Haas, Schwester von Edith Haas; Zwangsarbeit im Arbeitslager Bardenberg; 20.07.1942 Deportation nach Theresienstadt, Tod in Maly Trostinez bei Minsk; Dreiborner Straße 13

Edith Haas, 20.05.1927 Gemünd, zweite Tochter von Josef und Else Haas, Schwester von Doris Haas; Zwangsarbeit im

Arbeitslager Bardenberg, 20.07.1942 Deportation zusammen mit der gesamten Familie von Köln aus nach Theresienstadt, Tod in Maly Trostinez bei Minsk; Dreiborner Straße 13

Leo Herz, 10.04.1897 Gemünd, erster Ehemann von Ilse Herz; Flucht nach Belgien, von dort am 17.08.1942 nach Auschwitz deportiert und ermordet; Schleidener Straße 1

Maximilian Herz, 19.08.1895 Gemünd; nach Flucht nach Frankreich am 25.08.1942 deportiert nach Auschwitz und dort ermordet; Schleidener Straße 1

Ilse Herz, 03.07.1895 Bad Salzuflen, geb. Berg, erste Frau von Leo Herz, 1924 in die Heilanstalt Brake eingewiesen; 27.09.1940 im Zusammenhang mit Patiententötungen in Wunstorf ermordet; am 13.07.2009 wurde für sie und die weiteren fünf jüdischen Anstaltsinsassen ein Stolperstein in der Heilanstalt Brake verlegt;⁸⁸ Schleidener Straße 1

Erich Herz, 16.10.1924 Gemünd, Enkel von Fanny Herz; Flucht in die USA und überlebt; Schleidener Straße 1

Fanny Herz, 16.10.1859 Gemünd, geb. Nathan, Mutter von Helene Hammerschmidt; 1942 nach Theresienstadt deportiert und am 30.06.1942 ermordet; Schleidener Straße 1

Erich Hammerschmidt, 19.01.1900 Ravensheim/Pommern, Ehemann von He-

lene Hammerschmidt, 07.12.1941 nach Riga deportiert und ermordet; Schleidener Straße 1

Helene Hammerschmidt, 17.04.1893 Gemünd, geb. Herz, Ehefrau von Erich Hammerschmidt; 07.12.1941 nach Riga deportiert und ermordet; Schleidener Straße 1

Julie Herz, 26.05.1897 Alfter, geb. Israel, Ehefrau von Maximilian Herz; 15.06.1938 Flucht nach Belgien, nach 1945 Rückkehr nach Gemünd; Tod 04.06.1964 Gemünd; Schleidener Straße 1

Familie Kaufmann (I): Richard Kaufmann, 19.04.1902 Gemünd, zweiter Sohn von Helene Kaufmann, Vater von Leo Kaufmann; 15.07.1942 nach Internierung in den besetzten Niederlanden, Deportation nach Auschwitz, 06.08.1942 Tod in Auschwitz; Dreiborner Straße 21

Regina Kaufmann, geb.: Blitz 08.09.1918 Berlin, Mutter von Leo Kaufmann, Ehefrau von Richard Kaufmann; 15.07.1942 aus den besetzten Niederlanden nach Auschwitz deportiert, 17.07.1942 Tod in Auschwitz; Dreiborner Straße 21

Leo Kaufmann, 14.01.1942, Amsterdam; 15.07.1942 aus den besetzten Niederlanden nach Auschwitz deportiert, 17.07.1942 Tod in Auschwitz; Dreiborner Straße 21

Familie Kaufmann (II): Erich Kaufmann, 24.02.1901 Gemünd, erster Sohn von Helene Kaufmann; September 1936 erfolgreiche Flucht nach Santos, Brasilien, überlebt; Alte Schule 3 / Dreiborner Straße 21

Helene Kaufmann, geb. Berg, 29.01.1876, Grevenberg (Würselen), verw. Frau von Lazarus Kaufmann (17.10.1866-22.12.1912), gesch. Frau von Oskar Brugger (15.8.1891-24.5.1975, gesch.1.1.1938); Mutter von Richard, Erich und Oskar Kaufmann; 09.11.1939 erfolgreiche Flucht nach Brasilien, überlebt (Tod in Jaragua do Sul 17.12.1958); Dreiborner Straße 21

Oskar Kaufmann, 26.04.1909 Gemünd, Sohn von Helene Kaufmann, Bruder von Erich und Richard Kaufmann, September 1936 erfolgreiche Flucht nach Santos, Brasilien, überlebt (+22.6.1977 Paraná); Dreiborner Straße 21

Oskar Kaufmann, 26.04.1909 Gemünd, Sohn von Helene Kaufmann, Bruder von Erich Kaufmann, September 1936 erfolgreiche Flucht nach Santos, Brasilien, überlebt (+22.6.1977 Paraná); Dreiborner Straße 21

Familie Kaufmann (III): Julius Kaufmann, 13.02.1915 Gemünd, Zwillingsschwester von Ruth; bei der Flucht in Frankreich festgenommen, 1942 nach Auschwitz deportiert und ermordet; Alte Schule 3

Ruth Kaufmann, 13.02.1915 Gemünd, Zwillingsschwester von Julius K.; verschollen; Alte Schule 3

Leo Kaufmann, 20.02.1918, keine bekannte Verwandtschaft zu Leo Kaufmann (Kaufmann I); bei der Flucht 1940 in Frankreich verhaftet, 1942 Tod in Auschwitz; Alte Schule 3

Sarah Kaufmann, geb. Meyer, 05.11.1860 Gemünd; 1942 nach Theresienstadt deportiert, ermordet 19.07.1942; Alte Schule 3

⁸⁸ Wikipedia, Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus, eingesehen 21.10.2024.

Isidor Meier, 12.02.1894 Gemünd, Ehemann von Wilhelmina M.; 10.11.-14.12.1938 sog. Schutzhaft in Sachsenhausen, Rückkehr nach Gemünd, 27.07.1942 Deportation von Köln (Ghettohaus) aus nach Theresienstadt, 23.01.1943 ermordet in Auschwitz; Dreiborner Straße 25

Wilhelmina Meier, geb. Mayer 21.04.1902 in Gey (Kreis Düren); 27.07.1942 Deportation nach Theresienstadt, 23.01.1943 Tod in Auschwitz; Dreiborner Straße 25

Kurt Meier, 16.06.1929 Euskirchen, Sohn von Isidor und Wilhelma M.; 27.07.1942 Deportation nach Theresienstadt, 23.01.1943 Tod in Auschwitz; Dreiborner Straße 25

Leopold Meyer, 17.07.1888 Gemünd, Vater von Ruth und Alfred Meyer, Ehemann von Henriette Meyer; 1938 Konzentrationslager, 1942 nach der Flucht nach Belgien nach Auschwitz deportiert, Tod 1942; Am Kreuzberg/Aachener Straße 13-15 (ehemals Mühlengasse 77)

Henriette Meyer, geb.: Kahn, 09.11.1889 Arloff, Mutter von Ruth und Alfred Meyer, Ehefrau von Leopold M.; 1942 Deportation nach Auschwitz, Tod 1942; Am Kreuzberg /Aachener Straße 13-15 (ehemals Mühlengasse 77)

Ruth Meyer, 03.05.1921 Gemünd, Tochter von Leopold und Henriette Meyer, Schwester von Alfred Meyer; 1939 Kindertransport nach England, überlebt; Am Kreuzberg Am Kreuzberg/Aachener Straße 13-15 (ehemals Mühlengasse 77)

Alfred Meyer, 17.02.1923 Gemünd, Sohn von Leopold und Henriette Meyer, Bruder von Ruth Meyer; 1939 Kindertransport nach England, überlebt; Am Kreuzberg/Aachener Straße 13-15 (ehemals Mühlengasse 77)

Emilie Scheyer, 10.08.1892 Gemünd, 10.08.1942 Deportation nach Theresienstadt, Tod; Dreiborner Straße 27

Ida Scheyer, vh. mit Michael Daniel aus Drove, 01.10.1880 Gemünd, 15.06.1942 Deportation nach Sobibor, verschollen; Dreiborner Straße 27

Theresia Scheyer, vh. Grüneberg, 24.10.1882 Gemünd, 1942 Deportation nach Theresienstadt, Tod; Dreiborner Straße 27

Albert Wolff, 04.08.1889, Gemünd, Viehhändler und Metzgermeister; 27.07.1942 Deportation nach Köln, Tod in Auschwitz 27.07.1942; Dreiborner Straße 38

Henriette Wolff, geb.: Wolff, 13.08.1887, Gemünd, Ehefrau von Albert W., 27.07.1942 Deportation nach Köln; Tod in Auschwitz 27.07.1942; Dreiborner Straße 38

Amalie Wolff, 10.03.1877, Gemünd, 15.06.1942 Deportation nach Theresienstadt, Tod 17.04.1943; Am Kreuzberg 7 (ehemalige Mühlengasse 83)

Moses Wolff, 13.03.1860 Gemünd; von Fürth aus deportiert am 10.09.1942 nach Theresienstadt und Tod 25.11.1942; Bergstraße / Nachtigallenweg (Dürener Straße 1)

Markus Zack, 24.09.1878 Strasburg (Westpreußen), Amalies Ehemann, Bruder von Georg, 30.10.1941 Deportation nach Lodz, Tod in Chelmno 03.05.1942; Dreiborner Straße 31

Amalie Zack, geb.: Schneider 22.02.1891 Heddesheim, Ehefrau von Markus Z., 30.10.1941 Deportation nach Lodz,

03.05.1942 Tod in Chelmno; Dreiborner Straße 31

Georg Zack, 09.11.1893 Rippin, Bruder von Markus Z., Inhaftierung 10.11.1938-11.01.1939 in Sachsenhausen, 12.09.1942 Deportation nach Theresienstadt, 23.01.1943 Tod in Auschwitz; Dreiborner Straße 31.⁸⁹

SCHLEIDEN

Julie Haas, geb. 1.12.1878 in Schleiden, Schwester von Albert und Martin Haas, abgemeldet von Schleiden nach Kalenberg am 10.05.1941, deportiert am 21.03.1942 und ermordet im besetzten Polen; Am Markt (ehemals Steinstraße 3)

Martin Haas, geb. am 10.06.1883 in Schleiden, Bruder von Albert und Julie Haas, vom 10.11. - 14.12. 1938 im Konzentrationslager Sachsenhausen in Schutzhaft, am 30.04.1941 von Schleiden nach Kalenberg; am 8.12.1941 nach Stolberg deportiert, ab 15.06.1942 über Köln ins Vernichtungslager Sobibor deportiert, ermordet; Am Markt (ehemals Steinstraße 3)

Albert Haas, 05.03.1877 Schleiden, Bruder von Josef Haas (Gemünd), abgemeldet nach Köln am 26.07. 1939, deportiert am

7.12. 1941 ins Ghetto Riga, ermordet Juli 1944: Am Markt (ehemals Steinstraße 5)

Nanni Haas, geb. Sommer, 06.12.1891 in Bonn, Ehefrau von Albert Haas, am 26.07.1939 nach Köln abgemeldet, Deportationsziel ab Köln am 7.12.1941 Ghetto Riga, ermordet; Am Markt (ehemals Steinstraße 5)

Rolf Haas, 02.01.1922 Schleiden, Sohn von Nanni und Albert Haas, als Pflegesohn ab 30.06.1939 bei seinem Onkel Heinrich Sommer in Bonn, kehrte am 9.8.1939 zu seinen Eltern nach Köln zurück deportiert am 7.12.1941 in das Ghetto Riga, dort ermordet; Am Markt (ehemals Steinstraße 5)

Jenny Rosenbaum, 14.03.1887 Schleiden, am 15.08.1939 nach Köln abgemel-

⁸⁹ Durch die Flut in der Nacht vom 14. auf den 15.07.2021 wurden elf Stolpersteine in Gemünd entweder weggerissen oder beschädigt. Durch die Stiftung Gunter Demnig wurden alle durch die Flut zerstörten Stolpersteine neu gegossen und gespendet. Ein weiterer Stein war in der Straße am Dürener Berg bei Bauarbeiten beschädigt worden. Die Erneuerung wurde durch eine Spendensammlung am JSJ finanziert. Anlässlich des 86. Jahrestages der sog. Reichspogromnacht wurden am 10.11.2024 folgende elf Steine durch den Bauhof der Stadt Schleiden wieder verlegt: Hedwig Brück, Maueler Straße 8; Else Haas, Dreiborner Straße 13; Doris Hass, Dreiborner Straße 13; Edith Haas, Dreiborner Straße 13; Helene Kaufmann, Dreiborner Straße 21; Isidor Meier, Dreiborner Straße 25; Wilhelmina Meier, Dreiborner Straße 25; Kurt Meier, Dreiborner Straße 25; Albert Wolff, Dreiborner Straße 38; Amalie Wolff, Am Kreuzberg 3-5 und Moses Wolff, Dürener Straße 1.

det, von Köln am 29.10.1941 nach Lodz/Litzmannstadt (Polen) deportiert, ermordet; Sleidanusstraße 8

Emilie Rosenbaum, 24.07.1898 Schleiden, Schwester von Jenny und Ernst Rosenbaum, am 14.08.1939 nach Köln abgemeldet, deportiert am 29.10.1941 nach Lodz/Litzmannstadt (Polen), ermordet; Sleidanusstraße 8

Ernst Rosenbaum, 05.11.1896, Schleiden, Bruder von Jenny und Emilie Rosenbaum, inhaftiert vom 10.11 bis 14.12.1938 im Konzentrationslager Sachsenhausen,

am 15.08.1939 von Schleiden nach Köln abgemeldet, am 30.10.1941 nach Lodz (Litzmannstadt) deportiert, im Mai 1942 in Chelmno (Kulmhof) ermordet; Sleidanusstraße 8.

Die bisher erwähnten Opfer, an die Stolpersteine erinnern, waren Juden. Die beiden folgenden Opfer gehören anderen Gruppen an: Maria Daniel fiel der nationalsozialistischen sog. Rassenhygiene zum Opfer, Karl Bonaszewski wurde formell wegen seiner sexuellen Neigungen, vermutlich aber in erster Linie wegen politischem Widerstand verfolgt.

MORSBACH

Maria Daniel, 10.02.1914; Patientin der Heilanstalt Bonn, Einweisung in die Heilanstalt Andernach als ‚Zwischenanstalt‘

am 20.05.1941, Tod am 20.06.1941 nach der Verlegung in die Tötungsanstalt Hadamar; Morsbach 62

WOLFGARTEN

Karl Bonaszewski, 21.07.1913 Köln-Ehrenfeld, verhaftet 1939 am Fluchtort Wolfgarten; Zuchthaus, danach Konzentrationslager Natzweiler, Dachau und Neuengamme. Verschollen, vermutl. Tod auf einem KZ-Schiff in der Lübecker Bucht, Wolfgarten 20 (Dorfstraße 17)

Weitere Informationen zu den Stolpersteinen unter:

<https://stolpersteine.wdr.de>

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 GG)

Mit diesem Mahnmal erinnern die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schleidern an alle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den 18 Orten des heutigen Stadtgebietes. Dies geschieht in dem Bewusstsein, dass Menschenrechte, Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, dass es jeden Menschen braucht, sie zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Wir erinnern insbesondere an:

jüdische Einwohnerinnen und Einwohner, die von einheimischen und auswärtigen Antisemiten gedemütigt und misshandelt wurden; diejenigen, die nicht fliehen oder untertauchen konnten, wurden im Schatten des Zweiten Weltkrieges zumeist deportiert und im Holocaust ermordet.

die nach 1939 aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten zur Zwangsarbeit ins Stadtgebiet verschleppten Jugendlichen, Frauen und Männer, von denen viele beim Arbeitsersatz umkamen,

die sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Stadtgebiet von 1941 bis 1945 in Hungerlagern unter erbärmlichen Bedingungen zur Sklavenarbeit gezwungen wurden,

die Opfer der nationalsozialistischen „Rassenhygiene“. Viele Menschen wurden als Folge verbrecherischer nationalsozialistischer Gesetze gegen ihren Willen sterilisiert, Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten in spezielle Tötungsanstalten deportiert und dort umgebracht oder später direkt in den Psychiatrien ermordet.

die demokratischen Politiker und Journalisten aus dem Stadtgebiet, die ab 1933 als Gegner des Nationalsozialismus aus ihren Ämtern und Positionen entfernt und teilweise in Haftstätten zum Schweigen gebracht wurden und

die Opfer des Terrors der Geheimen Staatspolizei, der NS-Organisationen und von Akteuren des Regimes, die im Stadtgebiet misshandelt, gefoltert oder in Konzentrationslagern weggesperrt wurden.

Steht ein gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass.
Verteidigt Frieden, Menschenrechte und Demokratie!

Rat der Stadt Schleidern 2025

